

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechspaltige Kolonette
jeits oder deren Raum 40 Pfg., für

Telegraph-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 23. September 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 6121.

Die Aussichten der Zollvorlage.

Die von der Zollkommission begonnene zweite Lesung
des Zolltarif-Entwurfs hat in den letzten Tagen eine
Reihe hochschützöllerischer Blätter zur Aufwertung der Frage ver-

Als im vorigen Monat nach 102 langen Sitzungen die Zolltarif-
Kommission die erste Lesung schloß, veränderte die liberal-frei-

In dieser Beweisführung ist nur der Vorderfuß richtig, nicht
die Folgerung. Man kann den liberalen Handelsvertrags-

Und noch in anderer Hinsicht haben die Beratungen der Zolltarif-
Kommission zur Klärung der Situation beigetragen. Sie haben den

Die optimistische Meinung, die Lage sei heute dem Zustandekommen
eines Kompromisses zwischen den Zollparteien noch ungünstiger als

müssen. In der konservativen Fraktion zeigt sich dies deutlich an
der Klust, die zwischen dem reinen Landhändlertum und den so-

Und neben dem Zolltarif treibt die hochschützöllerischen
Parteien die Rücksicht auf den nächstjährigen Wahl-

Die Beschlüsse, an dem Entwurf erster Lesung festhalten zu
wollen, wie sie in den letzten Tagen vom Centrum und der Reichs-

Sind aber die Zollwuchdepoteien einig, dann wird auch die
Regierung sich zum Kompromiß bequemen, kann doch ohnein eine

An dem Gegensatz zwischen dem Staat- und Schlotzuntertum
wird die Zolltarif-Vorlage nicht scheitern; aber es giebt noch einen

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. September.

Der Wiederbeginn der Zollkommissions-Beratung.

Die zweite Lesung des Zolltarifs in der Zollkommission
hat bereits in der ersten Sitzung nach den Ferien be-

Während dieser Rede befehligten sich die Zöllner einer störenden
Unruhe, die den Vorfisenden hinderte, Stadthagens Rede im Zu-

Die bereits eingebrachten Anträge der Subkommission zeigen,
daß die Mehrheit gewillt ist, nur über die Positionen,

Zu bemerken ist noch, daß als Stadthagen bei steigender Unruhe
meinte, die Anwesenden wollten die vorgetragenen Gründe nicht hören,

In Romen der Reichsregierung gab Graf Posa dowsky Er-
klärungen ab, die darauf abzielten, durch scharfe Angriffe auf die

Die Ausführungen des Grafen Posadowsky sind in der spätern
Abendstunde noch im Wortlaut durch das Börsische Depeschensureau

„Die Lebenshaltung weiter Volkskreise in einer in der
That bedenklichen Weise zu verteuern und gleichzeitig ihre
Arbeitsgelegenheit zu vermindern“.

Warum diese Folgen erst bei den Wangenheimischen Zollfüßen
eintreten sollen, aber bei den Regierungszöllen nicht — das ist das

Weiter erklärte Graf Posadowsky die bändlerischen Zollfüße als
derartige, daß mit ihnen Handelsverträge unmöglich seien. Aber

Graf Posadowsky legte sodann dar, daß die Regierung nicht auf
Grund ihres neuen Tarifs, ohne daß dieser Gesetz geworden sei, mit

Von diesen Gesichtspunkten aus bitte er die Haltung der
verhandelten Regierungen gegenüber einem Teil der von der

Die Regierung beharrt also vorläufig hinsichtlich der Mindest-
zölle auf ihrer Vorlage. Dagegen läßt der Hinweis des Staats-

Die gesammelten Darlegungen des Staatssekretärs und die Art,
wie er sie in der Kommission vortrug, bewiesen eine starke Zuversicht

jetzt sich des Rückzuges der Kommissionmehrheit auf die Regierungsvorlage sicher! —

Stadtrat Kauffmann

Ist endlich mürbe geworden. Die Magistratsoffiziös mitgeteilt wird, hat Herr Kauffmann dem Stadtvorordneter Herrn Dr. Zaunhans am 20. September mitgeteilt, daß er auf die Rechte aus der Wahl zum zweiten Bürgermeister nunmehr verzichte. Damit hat eine jener Tragikomödien ihre Ende erreicht, die in der Geschichte besonders des Berliner Freiheits ja keine Seltenheit sind. Kauffmanns Schicksal ist bekannt. Am 25. April 1901 wählte die Stadtvorordneten-Versammlung ihn mit 67 gegen 59 Stimmen, die auf den Spudifus Dowe fielen, zum zweiten Bürgermeister. Es dauerte eine Weile, bis am 5. Juli desselben Jahres die Mitteilung in die Presse ging, daß der Kaiser den Gewählten nicht bestätigen werde. Diese Nachricht war um so wunderlicher als das preussische Gesamtministerium sich für die Bestätigung erklärt hatte und der Grund, weshalb der Kaiser dem Wunsche des Ministeriums entgegenhandelte, allgemein unklar, mochte er auch unpreussischer Natur sein. Kauffmann hatte 1882 auf seine Würde als Landwehr-offizier verzichten müssen, weil er Vorsitzender eines fortschrittlichen Vereins war und als solcher für die liberale Sache gewirkt hatte. Seit dieser Zeit mangelte Herrn Kauffmann die Repräsentationsfähigkeit bei Hofe, eine Eigenschaft, die wenigstens in Preußen durch eine noch so hohe Tüchtigkeit im Amte nicht aufgewogen werden kann. Die Stadtvorordneten-Versammlung wählte nunmehr Herrn Kauffmann einstimmig wieder. Aber mittlerweile begann unter den ob solcher That Ängstlich gewordenen Wobenskrämpfern sich ein Spiel zu entwickeln, das mit der Internierung Kauffmanns in der maison de santé in Schönberg und der falschen Nachricht, daß der Unglückliche auf das ihm zum zweitenmale von der Stadtvorordneten-Versammlung angetragene Mandat verzichte, in diesem Frühjahr sich vor der Welt offenbarte. Am 15. April brachte der „Vorwärts“ das Intrigenstück ans Licht. Die Ablehnungsvorschläge von freimüthiger Seite hatten die Wirkung, daß Kauffmann bald darauf unsere Mitteilungen Wort für Wort bestärkte.

Aber was nun auch noch geschehen mochte: Der Freiheitskämpfer hatte sein Ziel erreicht, und es war nur noch eine Frage der Zeit, daß Kauffmann sich selber aus dem Wege räumte. Das ist nun geschehen. Die Bahn ist frei. Von neuem gabelt sich eine wohlthätig nicht kleine kommunale Clique die Seligkeit vor, oben in Gnaden aufgenommen zu sein. Dies Streben wird erkauft mit dem Rest des Ansehens, das der Freisinn hier und da noch in der Bevölkerung haben mochte. Aber was will das für die bedeuten, die sich hinter den Wällen des Dreiklassen-Wahlrechts sicher geborgen fühlen?

Pelletans Reden.

Paris, 10. September. (Fig. Ber.) Pelletans festrednerische Ein- und Ausfälle gegen Italien, Deutschland und England bieten der bürgerlichen Presse der Grobkräfte willkommenen Verienstoff zu mehr oder minder hochpolitischen Kannegeherien, die dann von der Pariser Presse in langen Citaten wiedergegeben werden. Thatsächlich aber ist der chauvinistische Redefluß des Marineministers nur für die französischen Linksradiakalen beschämend, deren hervorragendster Vertreter Pelletan ist. Den europäischen Frieden bedroht er ebenso wenig wie die gegenwärtigen freundlichen franko-italienischen Beziehungen.

Dagegen hat er das Ansehen des Kabinetts Combes nicht gerade erhöht. Eine auf der „ministeriellen Solidarität“ beruhende Regierung darf sich nicht durch einen einzelnen Minister vor der ganzen Welt bloßstellen lassen. Selbst das Pelletan imperpolitisch am nächsten stehende Blatt „Le Radical“ forderte gebieterisch von der Regierung ein „dringliches Dementi“ des anti-italienischen Ausfalls namens der „kühnsten Patrioten von diesseits und jenseits der Alpen“. Das Dementi blieb natürlich aus, weil Pelletans Worte sich nicht wegleugnen ließen. Der ausgepöhlte Festredner hat dann selbst eine Abkühlung seiner Aeußerung versucht, indem er in einer weiteren Rede sich für „einen der bewährtesten Italophilien“ erklärte usw. Inzwischen aber hatte er noch mit der Rücksichtslosigkeit eines chauvinistischen Privatpolitikers von der „alten germanischen Barbarei“ und der englischen Gewaltanwendung gesprochen. Der Chauvinismus steckt eben auch den radikalksten unter den französischen Radikalen tief im Blute. Selbst der augleibige reaktionäre Gebrauch, den die Nationalisten aus dem Chauvinismus gemacht haben und noch machen, hat sie davon nicht geheilt.

In seiner jüngsten Tishrede zu Bizerte in Tunis erinnerte sich Pelletan noch seines „Socialismus“: Die Republik müsse vollständig republikanisch werden, sie müsse die „Republik der Arbeiter, folglich socialistisch werden, aber nicht kollektivistisch. Die Zeit des Kollektivismus ist nicht gekommen und wird niemals kommen. Der Socialismus, aufgefaßt als ein Kampf gegen die Macht des Geldes, gegen die Tyrannei der Kapitalisten, vereinigt alle Republikaner, denn sie alle wünschen die Befreiung der Arbeit. Das Jahr 1793 hat uns unser Programm gegeben. Der kleinbürgerliche Phrasensocialismus als gemeinsames Programm „aller“ Republikaner — das ist eine ganz neue Entdeckung, gegen die vor allem Pelletans Ministerkolleg, der Finanzmann Roubier, protestieren muß, obwohl er mit dem „Socialisten“ Pelletan von der Unerschütterlichkeit des Socialismus (ohne Wankelmut), des Kollektivismus, überzeugt ist.

Die ministeriell-socialistische „Petite République“ hat in ihrem Verdict über Pelletans Rede die angeführte Stelle einfach fortgelassen. Sie eripart sich damit die ihr offenbar unangenehme Kritik der vom Minister feierlich aufgenommenen, hierzulande üblichen Verfassung des Socialismus. Eine solche Kritik hätte gerade in Frankreich am meisten not, aber freilich paßt sie nicht zu der intimen Freundschaft der ministeriellen Socialisten zu den Radikalen.

„Admiral Bombardon“ hat sich übrigens nach all den offiziellen und inoffiziellen Rippenstößen abermals bewogen gefühlt, seine absolute Harmlosigkeit durch eine neuerliche Chamade zu beweisen. Auf der Rückreise von Biseria hielt er in Ostia auf Korsika eine Rede, in welcher er, wie der „Matin“ meldet, sagte:

„Ich habe nur einen Fehler, ich bin bisher zu friedlich gewesen. Ich empfinde eine tiefe Freundschaft für Italien und habe es unter allen Umständen verteidigt. Ich bin ein Freund der ganzen Menschheit und erlaube, daß man aus mit einer Eroberer machen will; das ist ein schlechtes Mandat, das jedermann durchschau.“

Für einen „Eroberer“ hat den guten Pelletan auch nach seinen famosen Reden schwerlich irgend jemand gehalten, wohl aber für einen gedankenlosen Schwärmer. Mit künftigen Reden des französischen Kriegsministers wird man sich freilich nach jenen bisherigen rednerischen Leistungen nicht mehr zu beschäftigen brauchen.

Combes dehavouert Pelletan.

Bei einem am Sonntag veranstalteten Festmahl der republikanischen Wähler in St. Jean d'Angely wandte sich der Ministerpräsident ostentativ gegen Pelletans Reden. Er sagte u. a.:

„Entschuldigst ein ein wenig sensationelles Wort den Lippen eines Ministers im Feuer der Improvisation, in der

warmen mittelstimmigen Stimmung eines Banketts, hatte es auch in dem Geiste dessen, der es aussprach, nur den Wert einer stillstischen Ausschmückung eines rednerischen Bildes — gleich wie es für die Feinde des Kabinetts zu einem Worte der Regierung selbst. Sie bestimmen sich nicht einmal darum, in Erfahrung zu bringen, ob dieses Wort richtig gemeldet und von dem Redner als der authentische Ausdruck seines Gedankens anerkannt worden ist. Als Präsident des Ministerrats protestiere ich gegen derartiges Vorgehen. Niemand kann es unbekannt sein, daß unter dem parlamentarischen Regime die Regierung niemals durch individuelle Erklärungen eines Ministers gebunden wird. Sie wird nur gebunden durch die Erklärungen des Chefs der Regierung, der allein vor den Kammern und dem Lande für die der Politik erteilte Richtung verantwortlich ist. Jeder Minister für sich ist nur zuständig und maßgebend für die Verwaltung seines Ressorts.“

Deutsches Reich.

Der Postbeschlus der konservativen Reichstags-Fraktion, den wir im Beitarikel kritisch behandelten, hat folgenden Wortlaut: „Die konservative Partei steht nach wie vor fest auf dem Boden des ausreichenden Schutzes der gelamten nationalen Arbeit. Daher ist 1. der Posttarif-Entwurf der verbündeten Regierungen nicht annehmbar. 2. Auch die Vorschläge der ersten Lesung in der Kommission berücksichtigen die berechtigten Wünsche der Landwirtschaft nicht genügend. An der Bindung der Getreide- und Viehhöfe ist unbedingt festzuhalten. 3. Sollten die Forderungen der Landwirtschaft nicht eine wesentlich weitergehende Berücksichtigung finden, so ist eine namhafte Herabsetzung der Industriezölle notwendig.“

Eine neue Militärvorlage gegen den Preis der gleichzeitigen definitiven Einführung der zweiwöchigen Dienstzeit fordert die „Militär-Zeitung“, das Organ des Deutschen Offiziervereins. Das Blatt stellt eine — wenn auch nicht bedeutende (?) — Erhöhung des Heeresstandes und eine namhafte Erhöhung des Rekrutenkontingents in Aussicht, wobei es die seltsame Behauptung aufstellt, daß das Rekrutenkontingent seit zwei Decennien nicht mehr erhöht worden sei und eigentlich seit 85 Jahren fast dasselbe geblieben sei. Das militärische Jahrbuch weiß also nicht, daß allein 1898 das Rekrutenkontingent um 54 000 Mann erhöht worden ist, und behauptet, daß das Rekrutenkontingent binnen 35 Jahren „fast das gleiche“ geblieben sei, obwohl vor dreißig Jahren, also 1872, die Friedenspräsenz 330 000 Mann betrug und 1902 ca. 600 000 Mann! Aber von der Unrichtigkeit der Zahlen ganz abgesehen — will die Forderung der „Militär-Zeitung“ eine neue Militärvorlage anfeindigen?

Uebrigens soll, wie der „Sachsenpiegel“ ankündigt, dem Reichstag in der kommenden Session das neue **Penfionsgesetz** vorgelegt werden, das Regierung und Reichstag seit Jahren beschäftigte. Während nach dem alten Gesetz der Offizier nach zehn-jähriger Dienstzeit mit $\frac{2}{3}$ oder $\frac{1}{4}$ seines penfionsfähigen Einkommens beginnt, nach vierzjährigjähriger Dienstzeit die Höchstrente erhält mit $\frac{3}{4}$ oder $\frac{1}{2}$ seines Einkommens, so ist nach dem neuen Gesetz nach 10 Jahren schon $\frac{50}{100}$ oder $\frac{1}{2}$ seines Einkommens (!) erhalten, von Jahr zu Jahr um $\frac{1}{100}$ steigend, so daß er nach 35 Jahren die Höchstpenfion, also $\frac{70}{100}$ oder $\frac{3}{4}$ seines Gehaltes bezieht.

Die Herren Offiziere sollen also, während alle andren Beamtenkategorien erst in 25 Jahren Anspruch auf eine Pension in der Höhe der Hälfte ihres Diensteinkommens haben, schon nach zehn-jähriger Dienstzeit in den Besitz dieses Pensionbittges gelangen! Das wäre ja eine ganz nette Reberneinahme für unsere nothleidenden Junker, die sich nach zehn-jährigem Amisement bei der Armee auf ihr väterliches Erbe zurückschauenden Lust verspüren! Dabei soll sich nach der „Münchener Allgem. Ztg.“ der Fehlbetrag im nächstjährigen Reichshaushalt-Voranschlag auf mindestens 150 Millionen belaufen!

Centrum und Kaiser. Aus München wird gemeldet: Am Sonntag hat in Lutzenhausen unter freiem Himmel die 40. Generalversammlung des bairischen patriotischen Bauernvereins stattgefunden. Reichs- und Landtags-Abgeordneter Dr. Schäbler hielt dabei eine Rede, in der er auf das Kaiser-Telegramm in der 100 000 Mark-Affaire zu sprechen kam. Er verwahrte sich entschieden gegen eine solche Einmischung in eine interne bayerische Angelegenheit. Wenn sich jemand auf dem öffentlichen Markt des politischen Lebens ergebe, dann dürfe er auch keinen besondern Schuß für sich in Anspruch nehmen. Das Centrum werde die Antwort nicht schuldig bleiben. Als Mitglied des deutschen Reichstages und des bairischen Landtages weise er die Einmischung des Präsidiums des Reiches mit aller Entschiedenheit zurück, er wisse sich darin eins mit sämtlichen Mitgliedern der Partei des Königreiches und des Reiches.

Aber der Freund und Parteigenosse des Abg. Schäbler, der Abg. Dr. Nöhler hat doch erst vor wenigen Tagen bedauert, daß die bairischen Prinzen nicht so reichliche Lebenszeichen von sich geben als das Reichsoberhaupt. Wenn dem Centrunsherrn das vielfache Hervortreten der Fürsten wertvoll erscheint, so sollten sie nicht so anspruchsvoll sein, zu verlangen, daß dabei immer nur andre, niemals aber das Centrum den tretenden Fuß verspüre!

Die Ehrenrettung des Hänge-Peters wird von dessen Freunden sowohl als ihm selbst mit großem Eifer betrieben. Die „Leipziger N. Z.“ schreiben:

Die Anklage gegen Dr. Karl Peters beruhte in erster Linie auf der Behandlung des Lieutenants A. D. Bronsart von Schellendorf im Hauptverfahren. In zweiter Linie fügte sich die Anklage auf eine ebenfalls von Peters bestrittene Anklage des verstorbenen Dr. Oscar Baumann. Dr. Baumann starb kurze Zeit später in geistiger Unwachung in einer Irrenanstalt. Als er, nach dem Fall Peters, ähnliche Anklagen gegen Major von Wisman und andre deutsch-ostafrikanische Beamte vortrachte, wurde ihm im Plenum des Reichstages die Glaubwürdigkeit abgesprochen. Seine Glaubwürdigkeit im Fall Peters ist dadurch ebenfalls in Frage gestellt. Mit dem Zusammenbruch dieser beiden Hauptbelastungszeugen zerfliegt die Anklage gegen Dr. Karl Peters in Fegen. . . .

Im Juni d. J. erhielt Peters Anzeige dafür, daß der Urheber des inzwischen ja als gefällig erkannten Luder-Briefes der ehemalige Lieutenant Bronsart von Schellendorf sei. Deshalb lief Peters am 2. August d. J. in der Londoner „Finanzchronik“ erklären, daß falls Herr Bronsart v. Schellendorf der Urheber des besagten Briefes nicht sei, er, Peters, eine Beleidigungsgallage gegen sich erwarte, um den Fall aufzuklären. Nun hat Bronsart weder der Mitteilung der „L. Z.“ im Juni, daß sich der Verdacht der Fälschung des Luder-Briefes gegen ihn richte, widersprochen, noch hat er Peters wegen Beleidigung verklagt.

Es bleibt abzuwarten, was Bronsart von Schellendorf auf diese eminenten Provokationen zu antworten haben wird. Dr. Baumann ist ja tot, aber daraus, daß er im Bahnhin gefordert ist, zu schließen, daß auch sein Zeugnis gegen Peters der Ausschluß von Wohnvorstellungen gewesen sei, ist eine überaus kühne Annahme. Uebrigens ist es unrichtig, daß Baumann gegen Major Wisman dieselben Anklagen erhoben habe, wie gegen Peters; seine berechtigten „Galgenstrafen“ schilberten nur das überaus summarische und unter eigenartigen Formen sich abspielende System kolonialer Justiz. Daß man im Reichstag die

„Galgenstrafen“ für ungläubhaft erklärt, beweist natürlich nichts gegen die Naturtreue, mit der Baumann die Verhältnisse geschildert hätte. Wer da weiß, mit welchem Enthusiasmus europäische Zuschauer den Vorgehensrichtungen während des China-Nachzuges beigegeben haben, daß man Momentphotographien aufnahm und dergleichen, das wird auch die Baumann'schen Schilderungen nicht ungläubig finden.

Aber selbst wenn die Zeugnisaussagen Bronsart v. Schellendorf's und Baumann's im Prozeß Peters fortgefallen wären, so hätte das Urteil gegen ihn nicht milder ausfallen können als es ausgefallen ist. Die Thatsache, daß er den Mahruf hat hängen und die schwarzen Routinen, aber die ihm nach dem Urteil des Disciplinar-Gerichtshofs keinerlei Besitzrechte zustanden, barbarisch hat ausgespeithen lassen, hat Peters ja selbst nicht geleugnet. Er hat sich sogar zu dem Geständnis bequemt, daß bei dem von ihm ausgesprochenen Todesurteil über den Mahruf dessen geschichtliche Beziehungen zu seinen Weisheitsfürerinnen erwidern in ins Gewicht gefallen seien! Und ferner hat Peters, immer nach der Urteilsbegründung des Disciplinar-Gerichtshofs, die Hinrichtung einer Schwarzgeren selbst nicht einmal mit dem angeblichen Interesse an der Sicherheit der Station zu begründen gewagt.

Und für alle diese Thaten wurde Peters nur mit Dienstentlassung und Ertragung der Prozeßkosten bestraft. Ein milderes Urteil für Vergessen, die auch ohne die Aussagen der Bronsart von Schellendorf und Oscar Baumann bewiesen sind, ist nicht gut denkbar. Es gehört also wirklich eine ganz eigenartige Moral dazu, sich dieses traurigen Kolonialhelden noch öffentlich anzuehmen. —

Der 23. Parteitag der deutschen Volkspartei fand am Sonnabend und Sonntag in Offenbürg statt. Es waren über 100 Delegierte anwesend. Den Parteibericht gab Dr. Nöhler; er forderte die Einigkeit der linksstehenden Parteien und mahnte ab von „unmäßigen Parteizeiten mit der Socialdemokratie“. Ueber die Reichspolitik sprach Abg. Hoffmann-Hall; er betonte u. a., daß es der Volkspartei und besonders Herrn Sonnemann zu danken sei, wenn die Frage der Arbeitslosen-Versicherung auf die Tagesordnung des öffentlichen Lebens gekommen sei; Herr Sonnemann erachtet es als das Beste, daß zunächst die Stadtgemeinden Träger dieser Versicherung werden. Ferner wurde eine große Wahlkreis-Einteilung für die Reichstagswahlen gefordert, sodann die Wohnungs-, die Kartell- und die Ministerverantwortlichkeits-Frage behandelt. —

Kampfs im Centrumsturm.

Aus Köln wird uns geschrieben: Am Sonntag fand im Saale des „Colosseum“ ein von dem durch die Zollkämpfer im Centrumslager, meist katholische Arbeiter, neugegründeten „Centrumverein“ einberufene Versammlung für Centrumswähler statt. Die „Königliche Volkszeitung“ hatte schon vorher durch einen langen Artikel „Unter falscher Flagge“ vor der Versammlung und dem Centrumverein gewarnt. Wöllig die Wahrheit auf den Kopf stellend, behauptete der Artikel: Die Leute des Centrumvereins seien „durchweg solche Persönlichkeiten, von deren Tüchtigkeit für die Centrumspartei man bisher ganz und gar nichts gehört hat, die aber um so mehr geneigt sind, der Centrumspartei, der sie angeblich dienen wollen, in schwierigen Situationen Knäpfe zwischen die Beine zu werfen“. Der das geschrieben hat, kann diese Behauptungen nur wider besseres Wissen aufstellen. Denn die Wortführer der Zollopposition unter den katholischen Arbeitern in und um Köln sind sämtlich bei den bisherigen Wahlen die denkbar eifrigsten Werber für die Sache des Centrums und eben so heftige Widersäcker der Socialdemokratie gewesen. Wie sie sich freilich bei der nächsten Wahl verhalten werden, das steht auf einem andren Blatte. Daß es gelingen werde, die aufbegehrenden katholischen Arbeiter bis zur Reichstagswahl zur Ruhe zu bringen, das erscheint nach der Versammlung vom Sonnabend zweifelhafter als je.

Den Kampf mit „geistigen Waffen“ hat die Centrumspartei gegenüber der Opposition innerhalb ihrer eignen Reiche ansehend völlig ausgegeben. Wiederholt sind katholische Arbeiter öffentlich aufgetreten mit der Beschuldigung: sie seien auf Betreiben von Centrunsmännern infolge ihrer Opposition brotlos gemacht worden. Die betreffenden Arbeitgeber sind bis jetzt die Antwort schuldig geblieben.

Anstatt daß am Sonnabend die in Köln in erheblicher Zahl ansässigen namhaften Centrumsführer in die Versammlung gingen, um ihre so scharf angefeindete Haltung in den Zollkämpfern zu rechtfertigen, hat sich eine Schar von Centrunsanhängern, aus jenen Kreisen, welche die Kleinarbeit machen, zusammen um die Versammlung zur höheren Ehre des Brotwucher-Centrums niederzuträufeln. Man sah dort schon zeitig und fast vollständig den Kölner Wundthorst-Bund, die Leiter des christlichen Holzarbeiter-Verbandes, das Veronal der Firma J. P. Wagem („Königliche Volkszeitung“ und „Kölner Lokalanzeiger“) und ähnliche Elemente, die für das Centrum durch Dick und Dünn gehen. Als nach 8 $\frac{1}{2}$ Uhr die Versammlung eröffnet wurde und der Vorsitzende des Centrumvereins dem angefeindeten Redner das Wort erteilte, erhob sich ein vielseitiges lautes Rufen nach Bureauwahl! Und nun entspann sich, da die Einberufer die Versammlung nicht aus der Hand geben wollten, ein zweiwöchiger Kampf. Man pflog erregte Geschäftsordnungsdebatten. Meist aber veranlaßte man einen Madan durch Hähetrameln, tokmäßiges Händelklaffen, Trommeln mit Biergläsern, Singen und Heulen. Etwas Ähnliches dürfte im Versammlungsleben des Centrums nicht dazwischen sein. Sonst lassen sich diese Anhänger des Centrums in ihren Vereinen und Versammlungen von der Geistlichkeit schimmer leihammen, als wenn sie umwindige Kinder wären; hier aber forderten sie auf einmal eine demokratische Handhabung. Allerdings galt es hier, Arbeiter niederzuknäpeln, die sich gegen die Veretterung ihrer notdürftigsten Lebensmittel wehren. Endlich gegen 11 Uhr ergaben sich die Einberufer der Versammlung und die Madamacher belegten das Bureau. Die Versammlung dauerte bis nach 12 Uhr nachts. Von seiten des Centrumvereins wurde scharf die Lebensmittel-Veretterungspolitik der eignen Partei angegriffen und dem Centrum wiederholt die Verlegung der christlichen Grundzüge vorgeworfen. Der Vorsitzende der Versammlung, ein ultramontaner Stadtvorordneter, brückte schließlich eine Resolution durch, die ein Vertrauensvotum für die Centrumsfraktion darstellte. An den Thatsachen, die dem Brotwucher-Centrum ja entfehlige Schwierigkeiten bereiten, ändert diese Resolution nichts. —

Mit der Zwölf-Millionen-Votation zur Erbauung eigener Beamtenwohnungen in der „Osmark“ soll es nach den Berliner „Vol. Radr.“ nicht sein. Dagegen sollen Zugaben für Beamte und Lehrer in den zweisprachigen Landesteilen vergehen sein. Nach der „Bos. Ztg.“ wird geplant, den Lehrern ohne Unterschied der Nationalität vom sechsten Dienstjahre an eine widerrufliche, aber penfionsberechtigte Gehaltszulage von 200 M. zu gewähren. Die Staatsbeamten dagegen sollen 10 Proc. ihres Einkommens als Zulage erhalten. Diefelbe soll in Pfortal kommen, wenn sie ein Einkommen von 3000 M. erreicht haben, oder der Erwartung, in- und außerhalb des Landes in deutsch-nationalen. Sime zu wirken, nicht entsprechen.

Jedemfalls soll durch diese widerruflichen Zugaben der Germania-Verderber der Lehrer und Beamten künstlich angefaßelt werden. —

Heifische Landtagswahlkämpfung. Aus Offen schreibt man uns untern 18. September:

Der **Kufmarsch der Parteien** zu der Ende Oktober stattfindenden Landtagwahl hat begonnen. Zweck rühten unsere Genossen auf ihrer letzten Landeskonferenz in Worms und präzisirten ihre Stellung dahin, daß sie den Kampf unter der Parole der Erringung eines **allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts** führen werden. Auch das Centrum will demnachst Forde bekennen. So verfludet wenigstens sein Hauptorgan in Offen, das „Mainzer Journal“, indem es bekannt gibt, daß auf dem allgemeinen heifischen Katholikentag, der am 12. Oktober in der Rainzer Stadthalle stattfinden soll, seitens der

Vorteilhaftung auf Grund des in den nächsten Tagen erscheinenden Rechenschaftsberichts der Centrumsfraktion des heftigen Landtages die Stellung der Partei zu den Landtagswahlen näher dargelegt wird. Die diese Stellungnahme ausfallen wird, hat das Münzberger Journal kürzlich selbst schon als Privatmeinung angedeutet. Unter Verlesung aller principiellen Erhebungsgründe bieten sich die Herren vom Centrum den Nationalliberalen zu einem irrealen Kartell gegen die Socialdemokraten an. Die sich sonst zum Besten lieb habenden Freimaurer und Jesuiten Arm in Arm — ein erhebendes Bild! In Offenbach hat diese Verkörperung der Grundlosigkeit schon bei den vorjährigen Stadtverordnetenwahlen die Feuerprobe bestanden und jetzt bei den Landtagswahlen erhält dieselbe eine zeitgemäße Auffrischung. Was die Stellung dieser beiden Parteien zur Wahlreform anlangt, so sind beide gleich unsichere Konventionen in Bezug auf das direkte gleiche und allgemeine Wahlrecht. Wenn die nationalliberalen Herren Jödel, Heidebreich, Koch und Müllinger sich als direkte Gegner des direkten Wahlrechts erklärten, so brachte es der ultramontane Herr v. Brentano fertig, ganz im Widerspruch zu einem ausdrücklichen Centrumsantrag zu erklären, daß ein kantonalrechtliches Wahlrecht für ihn unannehmbar sei. Er bekräftigt dabei die Steuerabkühlungsklausel, die noch dadurch verschärfte wurde, daß man die Ausübung des Wahlrechts auch von der Zahlung der Kommunalsteuer abhängig machen wollte; ferner bekräftigte dieser Centrumsführer das Plural-Wahlrecht nach belgischem Muster. Diese Proben zeigen, was das für Freunde des direkten Wahlrechts sind, die da in die Schranken gegen die Socialdemokraten treten. Auch in ihren agrarischen Reigungen passen beide Parteien gut zusammen, ja sie können da als weitere Bundesgenossen noch die Nutzeigentümer und Bauernhändler an ihr Herz schließen. Auch im Sächlichen nach hohen Korn- und Viehpreisen bilden sie alle eine reaktionäre Masse, gegen welche die Socialdemokratie nur auf sich angewiesen ist. Mögen daher auch die Chancen für unsre Partei angeht die dieser Koalition der Gegner nicht gerade allzu günstig scheinen, so werden unsre Genossen doch in den Wahlkampf gehen in dem Bewußtsein, stets und überall ihre volle Pflicht und Scharfsinnigkeit zu thun für Volkswohlfahrt und Volksfreiheit. Und hoffentlich wird dies von der breiten Masse des Volkes auch anerkannt.

Marinische Kavallerie-Attade.

Unser kleiner Bruderorgan macht auf einen seltsamen Wanderverzug aufmerksam, den der Kaiser unmittelbar nach seiner vielbesprochenen Kavallerie-Attade errungen hat. Eine Kuchhaverer Meldung vom 17. September lautet:

Nach einem heftigen Feuergefecht durchbrach heute mittag zwischen 12 und 1 Uhr der Kaiser auf der „Hohenzollern“ an der Spitze des Angriffsgeschwaders die Sperren und nahm die Elbe. — Die Wänder sind beendet; die Flotte wird nach der Kritik aufgelöst. Die Flotte mit der Kaiserjacht „Hohenzollern“ kehrte 2 Uhr 30 Minuten zurück und anfert in der Grodenen Nacht.

Unser kleiner Parteiblatt weist mit Recht darauf hin, daß eine derartige Aktion im Ernstfälle sicher nicht überhaupt nicht einmal versucht worden wäre. Und in der That, das schwach armierte, ungepanzerte Luogs- und Paradegeschwader „Hohenzollern“ ist ganz ungeeignet, an einem ernsthaften Seesgefecht überhaupt teilzunehmen, geschweige, daß es zur Durchbrechung eines feindlichen Geschwaders verwendbar wäre. Ein Paar Granatschiffe würden die Kaiserjacht als Fahrzeug zum Sinken bringen, zum mindesten mandrierensfähig machen. Die „Hohenzollern“ ist wohl gegen italienische Kriegsschiffe zu gebrauchen, nicht aber gegen moderne Panzer. Als Verwendung der lediglich dem Privatgebrauch des Kaisers reservierten Jacht wird dem auch in dem vom Konteradmiral z. D. Nischenborn redigierten Abschnitt des Berles „Die See- und Flotten der Gegenwart“ angegeben: „Führt im Frieden“ Richtbefolungen durch die „Hohenzollern“ unter dem Siegespanier der Kaiserstandarte im Manöver die schwierigsten Sperren! —

Zur Verhütung der Eisenbahnunfälle hat der Minister der öffentlichen Arbeiten den königl. Eisenbahndirektionen ein Heftchen mit Beschreibungen von Eisenbahn-Unfällen und Verhütungsmassnahmen in je 100 Exemplaren zugehen lassen, die beim Unterrichte des Betriebs- und Bahnbeaufsichtigungspersonals zu benutzen sind. Den Vorständen der Inspektionen und den Dienststellen-Vorstehern ist es zur Pflicht gemacht, das unterfertigte Personal an der Hand dieser Beschreibungen, aus denen hervorgeht, in wie hohem Maße Pflichtvernachlässigungen und Verstöße gegen einfache und klare Dienstvorschriften zu Unfällen Anlaß geben, bei jeder sich darbietenden Gelegenheit zu belehren und ihm dabei auch vorzuzählen, daß gegen die schuldigen und in ihren Dienstobliegenheiten lässigen Beamten mit aller Strenge vorgegangen werden würde.

Das ist ja ganz schön und gut; aber so lange man bei dem berechtigten Sparsystem verharrt, an allen Ecken und Enden Personal spart und die Arbeitszeit gerade für den so verantwortungsbereichen Eisenbahnbediensteten übermäßig andauert, wird man durch noch so strenges Vergehen gegen „lässige“ Beamte die Verantwortung für Unfälle nicht von sich abwälzen vermögen.

Ein Säbel-Duell in der Kieler Marine-Akademie. Am Mittwochmorgens hat in Kiel im Turnsaal der Marine-Akademie ein Säbel-Duell zwischen zwei Fähnrichen zur See stattgefunden. Die Duellanten wurden beide mehrfach verwundet. Zwei Offiziere und zwei Fähnriche zur See waren bei dem Duell zugegen. — Unser kleiner Bruderorgan bemerkt zu dem Vorgang: Das Duell ist eine strafbare Handlung. Wie ist es möglich, daß in einer dem Reiche gehörenden Erziehungsanstalt Handlungen vor sich gehen, die strafbare Vergehen darstellen. Wer trägt die Verantwortung dafür? Ein untergeordneter Beamter kann doch schwerlich den Mut gehabt haben, diese Verhöhnung unsers Reichsrechts in einem Reichsgebäude geduldet oder veranlaßt zu haben. Aufklärung und Bestrafung der Schuldigen ist dringendste Pflicht der Reichs-Marinebehörden. —

Ausland.

Der bürgerliche Pyrrhussieg in Amsterdam.

Am 18. Sept. (Fig. Ver.) Mit 8890 Stimmen, das heißt mit 98 Stimmen Mehrheit, hat im neunten Amsterdamer Wahlkreise der Alerikale gefiezt. Des Verhältnisses wird also fortan, daß der anerkannte Führer der socialdemokratischen Partei außerhoh des Parlamentes bleibt. Unre waderen Genossen haben ihr Möglichstes gethan; der Alerikalismus hat aber alles aufgegeben, um sich seinen grüßtesten Gegner vom Gasse zu halten, es ist ihm gelungen, 300 bezahlte Kamul, Geißliche und Landräder, wurden wie Sträßen auf die Wählerliste losgelassen und haben die in abenteuerlicher Furcht vor der Volkstugend lebenden Kleinbürger für „Dynastie, Religion und Familie“ aus ihren Iwerabtreiben nach der Wahlurne gekieppt. Der 20 000 Einwohner zählende Wahlkreis hat 9137 Wähler, von denen die kleinen Bürger die Mehrheit bilden. Die Arbeiter sind zum größten Teil politisch rechtslos, viele Dumbeite, die Wähler sein könnten, wenn sie einige oder einen Gulden Steuer bezahlen wollten, haben aus onaritätlicher Abneigung gegen den Parlamentarismus sich um ihr Bürgerrecht nicht bekümmert. Jetzt kommt das Bedauern, aber zu spät.

Die Alerikalen haben aber nicht gestegt ohne die Hilfe der Liberalen. Bis zum letzten Manne haben diese für den Alerikalen gestimmt, ein Jahr nachdem sie vom Alerikalismus aus ihrer seit einem halben Jahrhundert lang behaupteten Machtstellung vertrieben sind! Die Verklumpung der liberalen Bourgeoisie vollzieht sich in Holland schein; in dieser Hinsicht wenigstens beißt das Land sich, seine Rückständigkeit gegenüber andern Nationen einzuholen!

Oesterreich-Ungarn.

Vom Zemberger Fenstergefangnis. Die Exzesse im Zemberger Strafhaus haben sich Freitag Abend wiederholt. Plättchenmeldungen zufolge ist die Ursache der Exzesse hauptsächlich die, daß ein Sträfiling infolge einer Disziplinarstrafe drei Tage und Nächte in einem Dunkelarrest ohne jede Nahrung gelassen wurde. —

Frankreich.

Eine herrliche Parade. Am Sonntag fand in Le Folgoët ein großer Anzug der „freien Schulen“ statt. Vom Morgen an trafen die Landbewohner in Prozession ein, an ihrer Spitze Kreuz und Banner und die Geißlichkeit, welche Gefänge in leltischer Sprache sang. Es nahmen ungefähr 50 000 Erwachsene und 15 000 Kinder teil. Auf freiem Felde war ein Altar errichtet; dort wurde eine Messe abgehalten. Die Volksmenge sang knieend das Aredo. Der Barrer von Le Folgoët hielt eine Ansprache, in der er zu einem Gebet für die Komnen aufforderte. In der Ortschaft selbst fanden Ansonnungen statt; die Menge brachte Hochrufe auf die Freiheit (!), die Schwestern und die Religion aus.

Oberlieutenant St. Rémy zur Disposition gestellt. Der Kriegsminister André hat am Donnerstag in Uebereinstimmung mit dem Beschluß des Ministerrates die Dienstenthebung des Oberlieutenants St. Rémy bekannt gegeben, der zur Disposition gestellt wurde. —

Ganz wie bei uns. Die „Petite Republique“ berichtet über den Spruch eines Kriegesgerichts in Confin. Dasselbe verurteilte einen Soldaten, der einen Korporal durch eine Geste beleidigt haben sollte, zu 3 Jahren Gefängnis. Das genannte Blatt zieht den nachliegenden Vergleich mit den milden Urteilen, die gegenüber den Offizieren üblich sind. —

Asien.

In der Provinz Szechwan soll sich die Lage inzwischen weniger bedrohlich gestaltet haben. Französische und englische Kanonenboote sind in den Kiatingfluh, einen Nebenfluß des Jangtsestromes eingelaufen. Der Kapitän des französischen Kanonenbootes ist mit 12 Matrosen an Land gegangen und wird sich mit seiner Mannschaft nach Tschengtifu begeben, um den französischen Konsul in Sicherheit zu bringen. Ein weiteres Telegramm aus Shanghai vom Sonntag besagt: Die Unruhen in der Provinz Szechwan sind nicht erster Natur; ihre Ursachen sind in erster Reihe lokaler Art, besonders Reibungen zwischen zum Christentum übergetretenen und heidnischen —

Afrika.

Der Ankauf portugiesisch Ostafrika in Sicht? Gerüchweise sieht England mit Portugal wegen der „Wachtung“ des an der Delagoabai belegenen, zwei Meilen von Lourenço Marquez entfernten Hafens von Motela in Unterhandlung. —

Partei-Nachrichten.

Der Vertrauensmann für die Provinz Pommern erstattet zu dem am 28. und 29. September in Stettin stattfindenden Provinzial-Parteitag einen Tätigkeitsbericht, der die Zeit vom 15. September 1899 bis 31. Juli 1902, also beinahe drei Jahre umfaßt. Er hatte in dieser Zeit zwar eine Einnahme von 11 185,75 M., doch kamen davon 8075 M. aus der Hauptkasse und 1882,85 M. waren Kassenbestand, so daß die wirkliche Einnahme aus der Provinz nur 1377,90 M. betrug. Unter den Ausgaben von 10 080,50 M. sind 3055 M. für Agitation einschließlich Kalenderverbreitung, 2884 M. für Drucksachen einschließlich der Kalenderherstellung und 3000 M. für die Nachwahlen in Greifswald und Randow.

Die Organisation macht nur sehr langsam Fortschritte. Die politische Organisation ist in Stralsund, Bolkow, Brigg, Rindow, Greifshagen, Stettin, Kolberg, Adeln und Stolp in Vereinen zusammengefaßt. In den übrigen Orten besteht sie in der losen Verbindung der Versammlungen, welche gelegentlich zusammentreten. Aber selbst diese zwanglose Organisation ist in vielen Orten wegen des Lokalmangels nicht durchführbar oder doch nur beschränkter Weise aufrecht zu erhalten.

Die gewerkschaftliche Organisation ist fast überall vertreten, steht auch in Bezug auf die Zahl der Mitglieder, zur politischen wie 10 zu 1.

In einigen Orten haben bei den Wahlen zu den Gemeindevertretungen Erfolge zu verzeichnen gehabt, so in Stettin, wo wir zur Zeit 9 Vertreter haben. Rembin auf Rügen, Jahnitz bei Posenall haben 1 bzw. 2 Vertreter, in 6 Gemeinden im Wahlkreis Rindow-Greifshagen haben wir 8 und im Adoliner Bezirk in einer Gemeinde 3 Vertreter unsrer Partei. Das Parteiblatt entwickelt sich nach dem Bericht gut. Einzelheiten werden noch nicht mitgeteilt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Polizeiliche Unternehmungen in Schweden.** Der Socialdemokrat R. E. P. befindet sich zur Zeit auf einer Agitationsreise in Nordland. Richtig sollte er in Sollefka sprechen, wo sich ein großes Sägewerk mit ca. 1000 Arbeitern befindet, und da kein Lokal zu haben war, wurde die Versammlung an der Landstraße abgehalten. Witten während des Vortrages erschien plötzlich der Lennemann und erklärte Post auf Grund des Parteiprogramms für verhaftet. Es mihete nichts, daß unser Parteigenosse nachwies, daß er genügend Geld in der Tasche hatte, er mußte mit auf die Polizeistation und die Versammlung löste sich auf. Selbstverständlich wird gegen den Lennemann Anklage erhoben. Bei einem ähnlichen Vorfall, der vor einigen Jahren während des großen Holzarbeiterstreiks in Sundsvall passierte, wo der Norweger Lennäs verhaftet wurde, verurteilte das Gericht den schuldigen Lennemann zu 300 Kr. Geldstrafe und Schadenersatz für den verhafteten Agitator. —

Aus Industrie und Handel.

Erster allgemeiner deutscher Bankierkongress. Die erste Plenarsitzung wurde Freitagvormittag 10 Uhr im großen Saale des Saalbauens in Anwesenheit von Vertretern der Reichs-, Landes-, Provinzial- und städtischen Behörden durch den Vorsitzenden des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiersgewerbes, Justizrat Dr. Nieffer-Berlin eröffnet. Ungefähr 500 Teilnehmer sind erschienen. Die Versammlung wählte Justizrat Dr. Nieffer-Berlin durch Reclamation zum Vorsitzenden. Dr. Nieffer dankte für die Wahl und begründete dann im Namen des Zentralverbandes die Versammlung. Der Redner legte dann die Ziele und Aufgaben des als dauernde organische Einrichtung gebildeten Vereins dar. Es gelte, der lähmenden Nulllosigkeit und Späthe, die den deutschen Bankierstand ergriessen, ein Ende zu bereiten und das fast erschwindene Ständebewußtsein zu stärken. Man wolle keine besonderen Vorrechte oder Vorteile erstreben, aber auch nicht länger das Verunsicherte der Gesetzgebung sein. Er hoffe, daß die Regierung die Novelle zum Verschleßgesetz im Reichstage mit aller Energie vertreten werde. Frey allem, was vorgekommen ist, stehen wir nicht an, rückhaltlos zu erklären, daß der deutsche Bankwelt die gedeihliche Entwicklung auch unsrer Landwirtschaft an sich und schon deshalb am Herzen liegt, weil der Bankierstand aus seinen Erfahrungen seinerseits schon längst die Lehre gezogen hat, daß die Gesamtwirtschaft leiden muß unter der Kollage eines einzelnen Standes. Darauf erfolgte die Wahl des Bureau und der Vorsitzenden der einzelnen Abteilungen. In Vertretung des Reichstages des Innern begründete sodann Geheimrat Ober-Regierungsrat Hauß den Ersten deutschen Bankierkongress. Für das wirtschaftliche Leben sei es eine bedeutsame Erscheinung, daß zum erstenmal eine hochansehnliche Versammlung von Vertretern des Bankierstandes sich hier zusammengefunden habe, um ihre Wünsche und Bestürzungen, ihre Hoffnungen und Beschwerten in

persönlichem Meinungs Austausch zu erörtern. Die hier zu verhandelnden Gegenstände seien für das ganze Erwerbleben Deutschlands von eingreifender Wichtigkeit. Aus dieser Betrachtung heraus hätten die beteiligten Ressorts der Reichsverwaltung die Einladung zur heutigen Tagung angenommen. Das Ergebnis der Beratungen werde an zuständiger Stelle lebhaftest Würdigung finden. (Lebhafte Beifall.)

Ramens des preussischen Handelsministers Müller gab Geheimrat Oberregierungsrat Weidensack dem Bedauern des Ministers Ausdruck, nicht durch persönliches Erscheinen sein reges Interesse für das deutsche Bank- und Börsenwesen bekunden zu können. Es könne nicht Wunder nehmen, daß der deutsche Bankierstand, der an der Gestaltung unsrer wirtschaftlichen Gesetzgebung ein so großes Interesse habe, das Bedürfnis empfunden habe, sich zu einem Verbands zusammenschließen. Mögen, so schloß Redner, Ihre Verhandlungen so glücklich und so anregend, so fruchtbar und so vornehm verlaufen, wie es der Würde und der Bedeutung Ihres Standes entspricht. (Lebhafte Beifall.)

Der Oberpräsident der Provinz Hessen-Rhassau, Graf von Hedly und Tillyhüler, sprach die besten Wünsche der Provinzialbehörden für einen gedeihlichen Verlauf der Verhandlungen aus. Weitere Ansprachen hielten Senator Dr. Rebelthou als Vertreter des Bremer Senates, Oberbürgermeister Widies im Namen der Stadt Frankfurt, Oberlandesgerichts-Präsident Wittl. Geh. Oberjustizrat Dr. Hagens namens der Reichsjustiz des Oberlandesgerichts-Bezirk Frankfurt und der Präsident der hiesigen Handelskammer, Generalkonsul Andraae. Kommerzienrat Seligmann-Rössler und Direktor Dr. Ende-mann - Hannover erhalteten sodann die Reserate über die Revision des Börsengesetzes. Ersterer besprach das Verbot des Börsen-Terminhandels und die Einföhrung des Börsenregisters und legte eine Reihe von Abänderungsvorschlägen vor. Dr. Endemann bekräftigte namentlich die Rechtspredung des Reichsgerichts über den Differenzzeinschwand.

Nachmittags fanden Abteilungs-Sitzungen statt. Die erste Abteilung trat in die Erörterung des Börsengesetzes ein und nahm schließlich einstimmig drei Erklärungen an. Die erste derselben geht dahin, daß das Börsengesetz die wirtschaftlichen Zwecke, denen es dienen sollte, in keiner Weise erreicht, dagegen schädliche Wirkungen aller Art im Gefolge gehabt hat. Die zweite Erklärung verlangt die Abschaffung des Börsenregisters, Aufhebung des Verbots des Terminhandels in Anteilen von Bergwerks- und Fabrikunternehmungen, sowie in Getreide- und Mühlenfabrikaten und Streichung oder Aenderung des § 704 des Bürgerl. Gesetzbuchs betr. den Differenzzeinschwand. Falls diese Wünsche undurchführbar sein sollten, werden dritten folgende Maßnahmen verlangt: Der Kreis der Personen, welche sich durch Börsen-Termingeschäfte rechtsgültig verpflichten können, muß erweitert werden. Als Termingeschäfte im Sinne des Börsengesetzes sollen lediglich diejenigen Geschäfte gelten, auf welche die Definition des § 48 zutrifft. Die zivilrechtliche Wirksamkeit abgeschlossener Geschäfte soll durch das Verbot des Börsen-Terminhandels nicht berührt werden. Teilgeschäfte in Waren zwischen Erzeuger und Verbraucher sollen nicht als Termingeschäfte gelten. Endlich soll die Ansehung von Geschäften auf Grund des Differenzzeinschwandes zeitlich begrenzt, die Gültigkeit der Anerkennung und die Haftung besterter Sicherheit ausgesprochen und die Rückforderung des einmal Geleisteten ausgeschlossen werden. Ferner erklärt der Bankierkongress, daß reine Differenzgeschäfte im Sinne des § 704 an deutschen Börsen nicht vorkommen, ebenso wenig Abschlüsse ohne ein wirklich ausgeführtes Termingeschäft. In der dritten Abteilung hielten Professor Loh-München und Direktor Steinberg-Dorn Vorträge über die wirtschaftliche Krise.

Am zweiten Verhandlungstage, Sonnabend, den 20. d. M., hielt der Bankierkongress vormittags zwei Abteilungs-sitzungen ab. In der ersten Sitzung sprach Geh. Kommerzienrat v. Pfaffen-Stuttgart u. a. über die nachteiligen Folgen der Börsensteuer-Erhöhung. Der amwesende Vertreter des Handelsministeriums, Geheimrat Ober-Regierungsrat Weidensack, erklärte darauf, daß der Minister sei überzeugt, daß eine kräftige gesunde Börse nicht nur eine unentbehrliche wirtschaftliche Organisation, sondern auch ein politischer Nachfaktor allerersten Ranges sei, aber wenn die Regierung die Wünsche der Börse nicht am weitesten betreten solle, so müsse sie ziffernmäßige Unterlagen haben. Der Zentralverband möge daher eine ziffernmäßige Darstellung der Wirkungen der Börsensteuer vorlegen. Die Versammlung nahm dann eine Erklärung an, welche verlangt, daß die Erhöhung der Umsatzsteuer und des Stempels auf Wertpapiere sowie die Stempelrevision bei Privatfirmen wieder beseitigt werde.

In der zweiten Sitzung sprach Direktor Thortwatt-Frankfurt über die Schuldgesetzgebung und legte einen Antrag vor, welcher den Erlaß eines Schuldgesetzes für dringend wünschenswert erklärte; der Bankierkongress schloß sich jedoch der Erklärung des deutschen Bankierkongresses an, daß die Ordnung des Schuldverkehrs zwar eine Aufgabe der deutschen Gesetzgebung, aber kein so dringendes Bedürfnis sei, um zur Zeit deshalb Anträge an die Reichsregierung zu stellen. Am Nachmittage fand eine zweite Vollsitzung statt, in welcher Geheimrat Oberfinanzrat Hartung-Berlin einen Vortrag über die wirtschaftliche Stellung und die Aufgaben des Bankierstandes hielt. Redner besprach die Wichtigkeit der Mitwirkung des Bankiers beim Umlauf von Wertpapieren und bei großen Finanzgeschäften und gebot rühmend der großen Verdienste der Weichsbank, deren Kreditpolitik bei der vorjährigen Krise bewundernswert gewesen sei. Geheimrat Hartung verlangte dann aber auch, daß der Bankierstand für Vertretung seiner Interessen nach außen Sorge, und schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Wir heißen die Beachtung.“ Darauf wurden die in den einzelnen Abteilungen beschlossenen Erklärungen einstimmig gutgeheßen und der Bankierkongress durch den Vorsitzenden Justizrat Nieffer geschlossen.

Neue russische Anleihe. Rußland pumpt weiter; warum sollte es auch die logen. „Weldsäufigkeit“ nicht zum Vorteil seiner leeren Kassen anbringen. Nachdem es seine letzte Anleihe in Deutschland aufgelegt, verläßt es jetzt die französische Hochfinanz mit seiner Gunst. Die Petersburger Staatsbank veröffentlicht eine Bekanntmachung über die Emission einer fünfprozentigen Goldanleihe von 1902, garantiert durch die Einkünfte von Tabak, für immer von jeder Abgabe frei. Der Nennwert des Kapitals beträgt 100 Millionen Frank, welche zum Kurse von 90,25 in 212 000 Obligationen zu 500 Frank aufgelegt werden.

Vom New Yorker Geldmarkt. Die der „Eoff. Ztg.“ aus New York gemeldet wird, hat nach dem letzten Wochenansweis der Vereinigten Nationalbanken die Ueberreicherung 2 357 125 Dollar abgenommen. Danach ergibt sich ein Fehlbetrag von 1 698 500 Dollar gegenüber den gesetzlichen Vorschriften. Der Metallbestand hat um 5 770 000 Dollar, der Notendbestand um 1 583 000 Dollar abgenommen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Handwerkerkammer zu Berlin hat in einer Vollversammlung, die am Montag im Sitzungssaal des Provinziallandeshauses tagte, über die Dauer der Lehrzeit in den verschiedenen Gewerben beraten. Vom Vorstande der Kammer war der Versammlung eine Vorlage unterbreitet, nach der für 61 Gewerbe die dreijährige, für das Kupfer- und Stahlarbeiter-Gewerbe die 3½-jährige, für Wandmacher, Tischmacher, Elektrotechniker, Lithographen und Steinbildner, Glas-, Glas- und Metallinstrumentenmacher, Schwornsteinseger, Mechaniker, Maschinenbauer, Uhrmacher und Anlographen die vierjährige Lehrzeit festgesetzt werden soll. Außerdem heißt es in dieser Vorlage: „Bei denjenigen Gewerben, bei welchen die Lehrzeit auf weniger als vier Jahre festgesetzt ist, kann dieselbe bis auf vier Jahre verlängert werden, sofern der Lehrherr dem Lehrling gewisse Leistungen gewährt, als Kost, Kostgeld, Wohnung, Kleidung oder Teile derselben. Die Vereinarung einer längeren als vierjährigen Lehrzeit ist in jedem Falle unzulässig und nichtig.“

Vom Gesellen-Ausschuß der Kammer wurde gegen die Vorlage ein Protest eingebracht mit der Begründung, daß sich der Vorstand bei seiner Umfrage nur an die Zunungs-Vorstände, teilweise sogar an einzelne Meister gewandt hat und die Gesellen-Ausschüsse, entgegen den gesetzlichen Vorschriften, nicht befragt worden sind. Ferner beantragte der Gesellen-Ausschuß den oben angeführten Passus der Vorlage zu streichen und im übrigen die Lehrzeit allgemein auf drei Jahre festzusetzen.

Der Protest kam nicht zur Verhandlung, sondern wurde glatt abgelehnt. Nach der Geschäftsordnung gelangen überhaupt nur Anträge zur Beratung, welche von mindestens 15 Personen die Zustimmung erhalten haben. Durch diese Geschäftsordnung ist es also dem Gesellen-Ausschuß der Kammer, der nur aus 14 Personen besteht, von vornherein unmöglich gemacht, ohne Unterstützung der Meister-Vertreter selbständig Anträge zu stellen, ganz abgesehen davon, ob sie jemals bei den 50 Meister-Vertretern die Majorität erlangen würden.

Nach einer längeren Debatte wurde gegen den Widerspruch des Gesellen-Ausschusses der beantragte Passus mit 40 Stimmen angenommen. Damit haben auch diejenigen Gewerbe, für die eine dreijährige Lehrzeit festgesetzt wird, die Berechtigung erhalten, die Lehrzeit auf vier Jahre festzusetzen. Bei der Abstimmung über die Dauer der Lehrzeit wurde außer den oben angeführten Gewerben auch noch für die Radler und Siebmacher, sowie Feilenhauer die vierjährige Lehrzeit festgesetzt. Hingegen wurde die Lehrzeit der Schornsteinfeger, Uhrmacher und Ätzhilfen von vier auf drei Jahre reduziert. Von der hiesigen Tischler-Zunung wurde auch für das Tischlerhandwerk die vierjährige Lehrzeit beantragt, der Antrag aber nach länger, lebhafter Diskussion, in der außer den Mitgliedern des Gesellen-Ausschusses auch Vertreter aus der Provinz für die dreijährige Lehrzeit eintraten, schließlich abgelehnt.

Diese Bestimmungen sollen am 1. Januar 1903 in Kraft treten. Der Gesellen-Ausschuß der Kammer hat seine Zustimmung verweigert.

Die Berliner Tischler-Zunung wendet alle möglichen Mittel an, um Arbeitskräfte nach Berlin zu locken, mit deren Hilfe sie ihre gegen die hiesigen Holzarbeiter gerichteten Pläne verwirklichen möchte. Gleich der optischen Firma in Kasanow, die unter den Referivisten Streikbrecher sucht, haben auch die Berliner Holzindustriellen ihr Augenmerk auf die jungen Leute gerichtet, welche gegenwärtig den bunten Mod mit dem Arbeitsmittel vertauschen. Ein Holzarbeiter, der aus Anlaß des Konflikts wegen des Arbeitsnachweises von Berlin abgereist ist, schreibt uns:

„Ich bin auf meiner Wanderung durch Jbura, zwischen Osnabrück und Münster, gekommen. Diese Gegend ist Rand- und Grenzgebiet und deshalb traf ich bei einem Wäldermeister mit Soldaten des 56. Infanterie-Regiments zusammen, welche in einigen Tagen loskommen und mir die interessanteste Mitteilung machten: Der Hauptmann hat beim Appell vorgelesen, Tischler, welche Arbeit haben wollen, sollen nach Berlin gehen, es werden nötig welche gebraucht. Es sei die Mitteilung und die Bitte um Leute direkt an das Regiment ergangen!“

Vermutlich haben die Berliner Zunungsführer sich mit ihrem Ergehen nicht nur ein Regiment, sondern — jedenfalls durch Vermittlung einer höheren militärischen Instanz — an alle Regimenter gewandt. Dies eifrige Werben um Arbeitskräfte beweist, daß es eitel Klümperei ist, wenn die Zunungsbehörden in ihren Zeitungen und Versammlungen so thun, als ob der Arbeitsnachweis imstande wäre, Arbeitskräfte jeder gewünschten Art und in jeder gewünschten Zahl zu beschaffen. Man sieht aus dem Verhalten der Zunungsführer, daß der Kampf der organisierten Holzarbeiter gegen den Arbeitsnachweis der Zunung den beabsichtigten Erfolg gehabt hat. Daß die Werbung unter den Reservisten mit Hilfe der militärischen Vorgesetzten nicht die von den Meistern so sehr schieflich erwarteten Reiserheer nach Berlin führen wird, dafür werden die organisierten Arbeiter, nachdem ihnen dies neueste Zunungsmatrosen bekannt geworden ist, ganz gewiß sorgen, und so wird es auch mit den ersehnten, noch an militärische Hülfsmittel gewöhnlichen Gesellen nicht sein.

Achtung, Töpfer! Auf dem Bau des Töpfermeisters Weidert, Oudenarderstraße, haben sämtliche Kollegen wegen scharfer Behandlung durch Herrn Weidert die Arbeit niedergelegt. Zutritt ist fernzuhalten.

Vorstand der Filiale Berlin des Centralverbandes der Töpfer.

Achtung, Leistenvergoldeter! Ein Herr Weinstock verübt, Leistenvergoldeter nach Leipzig zu locken. Wir warnen alle Kollegen vor solchen Lockungen, da in Leipzig kein Mangel an Arbeitskräften herrscht. Man will nur eine Anzahl älterer Arbeiter auf Plätze werfen, und da sollen die neuen Arbeitskräfte dazu dienen, das Schredensregiment der Werkmeister in der Goldleisten-Fabrik von H. Groß weiterzuführen. Der Hauptvorstand.

Zum Streik der Bleigläser wird mitgeteilt, daß H. H. Grimm, der regelmäßig seine Streikunterstützung bezog, dabei aber des Nachts Streikarbeit anfertigte, jetzt bei der Firma Wadewitz, Stallschreiberstraße, als Werkführer eingestellt ist. Infolgedessen legten 6 Mann daselbst die Arbeit nieder. Beurlaubt haben bis jetzt 18 Firmen, bei 36 Firmen stehen noch 106 Mann im Streik. Bei der Firma H. Schreiber, Leipzigerstraße, wo nur 2 Lehrlinge beschäftigt sind, werden ebenfalls Streikarbeiten für Verbandmeister angesetzt. Am Donnerstagsabend 9 1/2 Uhr findet wieder eine Versammlung der Streikenden in den Armishallen statt.

Der Maurerstreik in Brandenburg a. N. ist, dem Beschluß einer am Sonntag abgehaltenen Maurerversammlung zufolge, verlegt worden, weil er vorläufig ansichtslos ist. Die Haltung der Streikenden war während der siebenwöchigen Dauer des Ausstandes eine vorzügliche. Von 400 Streikenden sind nur fünf in die Reihen der Arbeitswilligen getreten.

Deutsches Reich.

Der Centralverband der Civil-Musiker Deutschlands hat in Hamburg vom 16. bis 19. d. M. seinen ersten Verbandstag abgehalten. Nach dem vom Vorsitzenden erstatteten Geschäftsbericht sind dem Verbands, der durch Beschluß des vorigen Kongresses ins Leben gerufen ist, 11 von den damals bestehenden Musikervereinen beigetreten mit 608 Mitgliedern. Gegenwärtig zählt der Verband 518 Mitglieder. Die Veränderungen der Mitgliederzahl sind ungewöhnlich groß. Die Einnahmen der Verbandstabelle beliefen sich auf 3111,53 M., die Ausgaben auf 2857,01 M. — Um eine wirksame Agitation entfalten zu können, beschloß der Verbandstag, daß Deutschland in Agitationsbezirke eingeteilt werde, und zwar so, daß sich im Mittelpunkt eines jeden Bezirks eine Ortsverwaltung oder ein Vertrauensmann befindet. Wo solche nicht vorhanden, ist die baldige Errichtung in Angriff zu nehmen. — Bei der Statutenberatung wurde beschlossen, der Hauptvorstand sowie die Ortsverwaltungen sollen dahin wirken, daß die Musiker, welche Nebenbeschäftigung in einem andern Beruf suchen, sich der Organisation dieses Berufes anschließen und nicht als Lohndrücker auftreten.

Der Verbandstag beschäftigte sich auch mit dem **Lehr- und Lehrwesen**. Mit Rücksicht darauf, daß im Musikerberuf eine ungewöhnliche Ausdehnung der Lehrlinge herrscht, wodurch diese geschädigt und die Lage der Gehilfen immer mehr herabgedrückt werde, beschloß der Verbandstag: Von den gesetzlichen Körperschaften den Erlaß gesetzlicher Bestimmungen zu fordern, durch welche 1. den Zubehörenden Musikschulen (Stadt- und sonstiger Kapellen) verboten wird, neben einem Gehilfen mehr als fünf Lehrlinge zu halten; 2. die Inhaber solcher Institute verpflichtet werden, die Unterrichtsräume der Lehrlinge so zu gestalten, daß mindestens 10 Kubikmeter Luftstrom auf jeden Injansen entfallen; 3. die höchstzulässige Arbeitszeit der Lehrlinge auf acht Stunden pro Tag beschränkt wird.

Ferner beschloß der Verbandstag, eine Agitation zu entfalten gegen den noch häufig vorkommenden Brauch, wonach die Musikgehilfen Kost und Logis beim Arbeitgeber erhalten. Zur Frage der rechtlichen Stellung der Musiker gelangte eine Resolution zur Annahme, welche fordert, daß auf die Musiker die Gewerbe-Ordnung sowie die Arbeiterschutz- und Versicherungs-gesetze

angewandt werden, und daß bei der Anwendung dieser Gesetze lediglich die Höhe des Einkommens der Musiker, und nicht die jeder festen Norm entbehrende Unterscheidung nach Künstlern und Gewerbegehilfen maßgebend sein soll.

Zu dem schon oft beklagten Mißstand, daß die Militärmusikanten den Zivilmusikern eine erschwerende Konkurrenz bereiten, nahm der Verbandstag eine Resolution an, welche das gänzliche Verbot der gewerblichen Tätigkeit der Militärmusiker fordert. Weiter wird in der Resolution gesagt: Gegen die von der Reichsregierung zur Vermeidung der Militärmusiker-Konkurrenz angeführten Gründe: daß dadurch der Militäretat entlastet werde, erhebt der Verbandstag entschiedenen Protest, da eine solche Ersparnis nur auf Kosten eines einzigen Berufes erfolgt und sich als eine ungerechtfertigte, indirekte Besteuerung eines einzelnen Berufes erweist.

Das die Konkurrenz der Militärmusiker betreffende Material soll der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Verwendung überlassen werden.

Eine andre, gleichfalls angenommene Resolution wendet sich gegen das gewerbmäßige Aufsteigen von Beamten, wodurch die Gewerbeverhältnisse der Zivilmusikern ebenfalls schwer beeinträchtigt werden. Hierzu wurde beschlossen, daß die Ortsverwaltungen des Verbandes bei den Staats- und Gemeindebehörden dahin vorstellig werden sollen, daß den bei diesen Behörden angestellten Beamten das gewerbmäßige Aufsteigen untersagt wird, und die Beamten, welche dergleichen Verbote zuwider handeln, bei der vorgesetzten Behörde angezeigt werden.

Als Vorsitzender des Verbandes wurde Fauth, als Kassierer wurde Aken, beide in Hamburg, wiedergewählt. Der Vorsitzende erhält eine Entschädigung von 1000 M., der Kassierer eine solche von 150 M. jährlich. Der Ausschuß hat seinen Sitz in Berlin. Der nächste Verbandstag findet in Hannover statt.

Die Vergeßlichkeit, in deren Folge die Hirsch- und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften in Mannheim um eine Vertretung im Gewerbegericht kommen werden, soll nun noch den örtlichen Führern der Hirsch-Dunderschen Organisationen, welche die Schuld an dem Vergeßen des Einreichens der Kandidatenlisten für die Proportionalwahl tragen, verhängnisvoll werden. Der Ortsverein der Schneider beschloß nach heftiger Debatte, in der Versammlung des Ortsverbandes zu beantragen, daß sämtliche schuldige Mitglieder des Ortsverbands-Ausschusses wegen Unfähigkeit, die Interessen der Mitglieder zu vertreten, abgesetzt werden.

Keine Elektromonteur nach Schweden! Der „Schwedische Eisen- und Metallarbeiter-Verband“ teilt mit, daß die Filiale der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft in Rasmö durch Annoncen Monteur zur Herstellung der Anlagen in den gesperrten Klagshamms Kolbrücken und Cementwerken suchte. Die genannte Filiale hat den Lohn tarif des Verbandes nicht anerkannt. Die schwedischen Monteur weigern sich, die Arbeit auszuführen und deshalb sucht man im Auslande nach Arbeitswilligen. Vor Zutritt wird gewarnt.

Die Zahl der Streiks in Frankreich war im Monat August eine äußerst geringe; es wurden dem Arbeitsamt nur 15 neue Streiks, an welchem 4703 Personen beteiligt waren, gemeldet. Im Juli wurden 25 Streiks mit 104 642 Personen und im August 1901 52 Streiks mit 10 129 Personen gezählt. Die Veränderungen in der Lohnhöhe waren dagegen sehr zahlreiche. 112 158 Personen, in der Mehrzahl Bergarbeiter, wurden von Lohnveränderungen betroffen; von dieser Zahl erlangten nur 653 eine Lohnhöhung, während der ganze Rest Lohnherabsetzungen sich gefallen lassen mußte. Die Lohnverminderung betrug 50 Pf. pro Kopf und Woche.

Das internationale Komitee der Vergleuten trat dieser Tage in Lille (Frankreich) zusammen, um über einen Antrag der Deutschen — Verlegung des internationalen Sekretariats von England nach Brüssel — zu beraten. Die deutschen Delegierten Sachse und Puh verteidigten mit großer Energie ihre Anträge. Die Engländer erklärten sich dagegen, 72 Vertreter von 490 000 Vergleuten hätten sich gegen die Verlegung erklärt. Die Franzosen und Belgier erklärten, daß ihre Organisationen noch nicht Stellung dazu genommen hätten. Es wurde beschlossen, die Entscheidung bis zur nächsten Sitzung auszusetzen, die Opiern 1903 in Brüssel stattfindet.

Versammlungen.

Töpfer. Eine Versammlung aller zum Organisationsgebiet Berlin und Umgebung gehörenden Töpfer, die vom Vorstande der Berliner Verbandstabelle einberufen worden war, tagte am Freitag im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Hermann John berichtete über die Stellungnahme der Berliner Gewerkschaftskommission zu den Beschlüssen der öffentlichen Töpferversammlungen vom 18. Juli und vom 14. August, die in Sachen des paritätischen Arbeitsnachweises und der Stellungnahme der Anhänger des Lokalvereins dazu gefaßt worden sind. Hierbei ging er auch auf die Verhandlungen in der vom Gewerkschafts-Ratell zum 17. September nach Kellers Saal einberufenen Versammlung ein. Die Verhandlungen, welche die dort angenommene Resolution enthält, bezeichnete er als unrichtig und führte zum Beweise hierfür an, was schon in der Versammlung der Gewerkschaftskommission vom 8. September gefaßt worden ist. Insbesondere hob Redner hervor, daß die sehr stark besuchten Versammlungen vom 18. Juli und 14. August nicht Zusammenkünfte von Töpfern, sondern öffentliche Versammlungen gewesen seien. Es handelte sich also nicht um eine Majorisierung der Töpfer anderer Richtung durch den Verband. Der Einwand der Verbandsgegner, sie bräntigten sich an die Beschlüsse jener von ihnen als Verbandsversammlungen bezeichneten Versammlungen nicht zu legen, sei schon deshalb total verfehlt und inhaltlich nur ein Vorwand. Ganz falsch sei es, wenn es so hingestellt werde, als würden die Lokalisten bekämpft, weil sie gegen den paritätischen Arbeitsnachweis seien. Nur gegen Streikbrecher, nur gegen Leute, die das Erregene stören, gehe man vor. John kommt zu dem Schluß, daß kein Grund vorliege, an den früheren Beschlüssen etwas zu ändern, und schlägt folgende Resolution vor:

Die Versammlung spricht ihr Einverständnis aus mit dem Beschluß der Delegierten-Versammlung der Berliner Gewerkschaftskommission. Mit dieser ist sie der Meinung, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiter durch die Gewerkschaften nur dann gehoben werden kann, wenn in denselben nach demokratischen Grundsätzen der Wille der Mitglieder sich dem der Mehrheit unterordnet. Hiergegen haben die sogenannten Lokalisten des Töpfergewerbes in der frivolsten Weise verstoßen, indem sie glaubten, für die 150 Mitglieder ihres Vereins (gegenüber 2000 im Verband organisierten Töpfern) Beschlüsse zu fassen und durchzuführen, die im Gegensatz stehen zu Beschlüssen, die nahezu einstimmig in öffentlichen Töpferversammlungen von ca. 1400 Kollegen gefaßt wurden. — Nach der letzten bei dem Restaurateur und Töpfermeister Streid unternommenen Handlungsweise ist klar ersichtlich, daß nicht nur die Einführung des paritätischen Arbeitsnachweises dazu dienen muß, um Streikbruch zu entschuldigen, sondern daß das Bestreben der Sonderbändler darauf hinausläuft, Maßnahmen des Verbandes oder seiner Mitglieder nicht zur Durchführung kommen zu lassen und seine Aktionsfähigkeit zu hindern. Einem dergleichen Verhalten gegenüber erklärt die Versammlung die Beschlüsse der öffentlichen Töpfer-Versammlungen vom 18. Juli und vom 14. August für durchaus korrekt und die Versammelten verpflichten sich, für die Durchführung dieser Beschlüsse und für die sich daraus ergebenden Konsequenzen voll und ganz einzustehen.

An der Debatte beteiligten sich eine ganze Anzahl Redner im Sinne des Referats und der vorgeschlagenen Resolution. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Unter „Gewerkschaftsliste“ wurde zur Sperrdeklaration über die schon im „Vortrage“ berichtet ist, von Neumann mitgeteilt, daß die Lokalisten, die bei Streid an die Stelle der Zentralisten traten, davon unterrichtet gewesen seien, daß Streid die Verbandsmitglieder zu entlassen beschleunigte, weil sie nicht mit einem unorganisierten Arbeiter zusammen arbeiten wollten. Bei Richter

haben jetzt dreizehn Töpfer die Arbeit niedergelegt, die auf einem Bau in der Rappell-Allee arbeiteten, weil auf einem andern Bau desselben Meisters Lokalisten arbeiteten, die ohne Benutzung des paritätischen Arbeitsnachweises eingestellt worden waren. Die Versammlung beschloß die Sperrdeklaration über die Firma und erklärte sich in einem weiteren Beschluß mit der Taktik des Vorstandes einverstanden. Ferner wurde beschlossen, es dem Vorstand zu überlassen, über die Geschäfte, wo es sich als notwendig erweise, die Sperrdeklaration zu verhängen. Es entspann sich dann eine längere Debatte über die Handhabung der Arbeitsvermittlung auf dem paritätischen Arbeitsnachweise, die einige Redner noch reformbedürftig fanden.

Zur Fensterfrage wurde beschlossen: „Da durch den in Aussicht stehenden Baugelassereit die Kollegenschaft Berlin beim Antrittreten der Fensterfrage in besonders großem Umfange in Mitleidenschaft gezogen wird, erucht die Versammlung den Centralvorstand, für die nächste Zeit den Zutritt nach Berlin fernzuhalten. Weitere Vorschläge zur Regelung beziehungsweise Durchführung der Fensterfrage sind den demnächst stattfindenden Bezirksversammlungen zur Diskussion zu unterbreiten.“

Die Zugspapierarbeiter und Arbeiterinnen tagten am 16. September in öffentlicher Versammlung in den Armishallen. Nach einem mit Beifall aufgenommenen Referat Grünachers vertretet Scherwatz die Ansicht, daß man auch in der Zugspapierbranche dazu übergehen müsse, die Kollegen branchenweise zu organisieren, die Buchbinder, Presser, Präger, Beschnitter, Zuschnittler usw. zu Sitzungen einzuberufen, um die in den verschiedenen Berufsgruppen überall abweichenden Löhne festzustellen. Dieser Vorschlag wird allgemein gutgeheißen.

Die Kumpenier hielten am Sonntag eine allgemeine Versammlung im Gewerkschaftshaus ab, in welcher die Beendigung der Lohnbewegung und die dadurch geschaffene Situation eingehend besprochen wurde. Cohen gab nochmals eine Uebersicht über Entstehung und Verlauf des Streiks und erläuterte sodann die einzelnen Punkte der zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern getroffenen Vereinbarungen. Redner kam zu dem Schluß, daß die Errungen dieses Streiks als ein schöner Erfolg der Organisation zu bezeichnen seien; doch gelte es jetzt, ein wachsameres Auge auf die Unternehmungen zu haben, damit diese nicht, wie es bereits versucht sei, durch willkürliche Auslegung der Vereinbarungen teilweise wieder illusorisch machen. Was die Accordarbeit anbelange, so sei es jetzt wieder lediglich Schuld der Arbeiter selber, wenn solche in Zukunft noch geübt werde und empfehle es sich, Kollegen, die nicht von der Accordarbeit lassen wollen, in der Organisation zur Verantwortung zu ziehen. Da sich die Mehrheit der Diskussionsredner ebenfalls in diesem Sinne äußerte, so gelangte schließlich eine entsprechende Resolution zur Annahme. Des weiteren wurden 7 Kollegen in die gemeinsame Kommission gewählt, die mit den Meistern zusammen einen vom 1. April 1903 ab gültigen Tarif auszuarbeiten hat.

Mit dem Streik der Dreher bei Vorfis beschäftigte sich eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung in Spandau. Wieselthaler referierte über die Kämpfe in der Metallindustrie in der letzten Zeit und ihre Bedeutung für die Spandauer Staatsarbeiter. Dabei schilderte er insbesondere auch die Ursachen des Vorfis Streiks und beklagte es, daß sich bei früheren Gelegenheiten leider von den Spandauer Metallarbeitern eine kleine Anzahl gefunden hatte, die sich dem bedrängten Unternehmertum als willkommene Raubreiher, zu deutsch: Streikbrecher hergaben. Er sowohl wie Böhle appellierten an das Solidaritäts- und Ehrgefühl der Versammelten, mit aller Energie dahin zu wirken, daß sich das tief beschämende Schauspiel nicht wiederhole und sich zukünftig keine Streikbrecher unter den Spandauer Metallarbeitern finden möchten.

Eine entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme. Interessante Tatsachen ergab eine Versammlung in Fürstentwald. Die Welfische Julius Wintisch, die ihr Hauptbureau in Berlin, Andreastraße, hat und Filialen in Fürstentwald, Vodenheim und Brestlau besitzt, läßt in ihrem Fürstentwälder Werk gegenwärtig bis zu 16 Stunden arbeiten. Da die Arbeiter daselbst nur teilweise organisiert sind, müssen sie sich die Willkürlichkeiten der Werkleitung schon gefallen lassen, denn wenn es nicht paßt, kann gehen. Die Verbandleitung wird dieser Firma in nächster Zeit auch eine erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden.

Behlendorf. Im hiesigen Sozialdemokratischen Wahlverein sprach in der letzten Versammlung Genosse Köster über unter Programm. Unter Verschiedenem wurde lebhaft bedauert, daß die Zahlstelle des Verbandes der Bauarbeiter ein Vergnügen in einem gesperrten Lokal abgehalten hat. Nachdem der betreffende Wirt aus Frankfurt vor dem Amisvorsteher wiederholt abgelehnt hatte, seinen Saal zu dem Vergnügen herzugeben, hat man den Amisvorsteher gebeten, und dann konnte das Vergnügen stattfinden. Dies Verhalten der Arbeiter wurde als beschämend bezeichnet.

In Wilhelmshorst, im Lokal von Spelt, hielt der Wahlverein für Reinickendorf und Umgebung am Mittwoch seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Der Vortrag des Genossen Grünacher über „Kampf und Krise“ fand lebhaften Beifall. Unter Vereinsangelegenheiten machte der Vorsitzende bekannt, daß einem Beschluß der Parteigenossen zufolge Rordend mannehr zu Reinickendorf gehört und laut Vereinsbeschluß als selbständiger Bezirk gilt.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Frauen- und Kinderschutz.

Köln, 22. September. (W. Z. V.) Die Generalversammlung der „Gesellschaft für sociale Reform“ beschäftigte sich eingehend mit dem **gewerblichen Arbeiterschutz für Frauen und Kinder**. Die Redner sprachen sich sämtlich für eine zehnstündige Arbeitszeit für Frauen und für Heraushebung der Altersgrenze der jugendlichen Arbeiter von 16 auf 18 Jahre aus.

Typhus.

Mainz, 22. September. (W. Z. V.) In dem benachbarten Ausflugsort Laubheim ist bei einer dort zum Besuch weilenden Familie der Unterleibtyphus ausgebrochen. Zahlreiche Erkrankungen sind vorgekommen, von denen einer bereits tödlich verlaufen.

Familien-drama.

Dresden, 22. September. (W. Z. V.) Im benachbarten Raitzdorf, wie die „Dresdener Neuesten Nachrichten“ melden, ein Arbeiter während der Abwesenheit seiner Frau seinen beiden Kindern im Alter von zehn Wochen und 1 1/2 Jahren die Kehle, sodann öffnete er sich die Pulsader und brachte sich einen Stich in den Unterleib bei.

Schadensfeuer.

Strasburg i. G., 22. September. („Frankfurter Zeitung.“) Die in Altkirch-Grasenteben gelegenen, im Besitz der Altkirchenschaft vora. Gebr. Mannum befindlichen Altkircher Mühlenwerke, die größten Mühlen im Elsaß, sind vergangene Nacht niedergebrannt. In den Mühlenwerken befanden sich 80 000 Centner Weizen und 2500 Centner Mehl. Der Schaden wird auf 1 1/2 Millionen Mark geschätzt. Als Entstehungsurache des Schadensfeuers wird das Heißlaufen eines Riemens bezeichnet.

Frankfurt a. M., 22. September. (W. Z. V.) Der „Frankf. Zeitung“ wird aus New York gemeldet: In der letzten Nacht erfolgte ein neuer **Ausbruch der Confire** auf St. Vincent, aus welcher unter Donnergetöse aber ohne Wasser oder Lava hohe Flammen hervorströmten.

Reichsburg, 22. Juli. (W. Z. V.) Ein von Wien hier eingetrossener Luftballon ist bei der Landung **explodiert**, wodurch 30 Personen verletzt wurden.

Wien, 22. September. (W. Z. V.) Die Direktion der Länderbank erklärt den heute aufgetauchten Gerüchten gegenüber, daß die von ihr bekannt gegebene **Defraudationssumme** im Betrage von 4 600 000 Kronen keinerlei Erhöhung erfahre.

Zweite Lesung des Zolltarifs.

103. Sitzung der Zollkommission.

Berlin, 22. September.

Es liegen eine Anzahl neuer Anträge vor. **Abg. Wahnke** hat beantragt, die Zölle auf Roggen, Weizen und Speltz, Gerste, Hafer, Mais und Datteln nach dem bestehenden Tarif festzusetzen. **Abgeordneter v. Wangenheim** hat 71 Anträge zum Tarif eingebracht, die die vom Bund der Landwirte geforderten höheren Zölle eingestellt wünschen.

Der Vorsitzende **Abg. Rettich** erklärt, die Subkommission schlug vor, zunächst den Zolltarif, dann erst das Tarifgesetz zu beraten; ferner über die Hauptabschnitte eine Generaldiskussion stattfinden zu lassen, dagegen in Spezialdiskussion nur über die Positionen, die noch ausgenutzt werden sollen, zu treten.

Die Sozialdemokraten beantragen über eine Reihe von Abschnitten in die Generaldiskussion einzutreten. **Wahnke** tritt für eine specialisiertere Diskussion ein, als die Subkommission vorschlägt. **Stadttag** ist für Generaldebatte; die von den Sozialdemokraten zur Generaldebatte vorgeschlagenen Abschnitte würden eine ernste, fruchtbarere Diskussion über die wichtigsten Lebensmittel zunächst ermöglichen.

Es wird der Vorschlag der Subkommission über die einzelnen Hauptabschnitte eine Generaldebatte zuzulassen, angenommen.

Sodann wird der Vorschlag, sogleich in die materielle Beratung des 1. Abschnittes (Nr. 1—72) einzutreten, gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten und deren Stimmen angenommen.

Stadttag erörtert in dreifachfacher Rede die Gründe, die gegen die Verzollung dieser wichtigen Lebensmittel: Getreide, Hülsenfrüchte, Oelfrüchte und Samen, Äpfel und Wurzelgewächse, Grün- und Raufutur, Sämereiprodukte, Obst, Süßfrüchte, Früchtlänge, Kolonialwaren usw. — sprechen. Die Rücksicht auf die Kultur dürfe nicht durch Lebensmittelpolitik vernachlässigt werden. Aus landwirtschaftlichen Kreisen seien inzwischen den Sozialdemokraten dringende Witten zugegangen, mit allen Mitteln zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung beizutragen. Kornzölle bedeuten eine Ausdehnung des Lebens. Aber auch die Reichskasse wird belastet. **Redner** fragt die Regierungen direkt, wie hoch sich die Summen belaufen würden, die für die Versorgung des Meeres und der Marine mit Getreide, überhaupt allen Lebensmitteln, durch deren Verteuerung mehr ausgegeben werden müssen. Diese Mehrausgabe werde das voranschreitende Defizit des Reiches erhöhen, die Finanznot verschlimmern. Die arbeitenden Klassen, einschließlich der kleinen Landwirte, werden dann stärker noch zur Deckung herangezogen. Und das solle zu Gunsten nur der Großgrundbesitzer geschehen, die trotz ihrer keineswegs notleidenden Lage äußerst geringe Löhne den Landarbeitern zahlen. Die Belastung der arbeitenden Klassen würde für diese unbeschreiblich sein und pro Jahr bei einem Einkommen von ca. 700 M. bedeuten, daß der Arbeiter zwei bis vier Wochen im Jahre nur für diese Lebensmittelausgaben an die Großgrundbesitzer, die ihnen allein der Brotzoll zuschiebt, roboten müsse. Das sei ein Diebstahl an groß. Ein Teil der Großgrundbesitzer würde, wie Kollege **Bräse** dies in erster Lesung darlegte, es als eine Schmach betrachten, die durch derartige Ausbeutung der ärmeren Klassen erlangten Summen entgegenzunehmen. Wer für Brotzölle stimmt, stimmt für den Bürgerkrieg, wenn auch von anderer Seite behauptet wird, Throne würden trachen, Revolten würden entstehen, wenn der Hungerzoll auf Brot nicht in der Höhe, wie ihn der Bund der Landwirte fordert, bewilligt werde.

Für 50 Pf. höheren Zoll, als die Kommission leider in erster Lesung beschloß, habe, daß die Monarchentöne jener Kreise eingekauft werden. Das sei bezweifelnd, zumal ja nur Großgrundbesitzer Vorteile, die kleinen Bauern aber Nachteile von dem Zoll hätten. Der Zoll komme einer progressiven Einkommensteuer gleich, die für die besserstehenden Klassen nur 0,8 Proz. für die untersten Klassen aber über 7 Proz. betrage. Diese Ungerechtigkeit erteile Schläge auf den Magen der Armen. Die Gesundheit und Kraft des Volkes werde erschüttert, eine Vererbung herbeigeführt. Charakteristisch werde die Parteien für Hungerzölle, die den Arbeitern das Koalitionsrecht vernachlässigen wollen; dazu gehören auch das Zentrum, das den Landarbeitern das Koalitionsrecht nicht gewähre. So führe man den Klassenkampf. Es sei unklar, daß die Arbeiter höhere Löhne durch den Zolltarif zu erwarten hätten, das umgekehrte sei der Fall. Die Verteuerung der Lebensmittel beschwäre die Gemeindegelds, vermehre die Armenlasten. Wie beeinflusst der Kornzoll den Arbeitsmarkt? Derselbe wird durch den Zoll abhängig gemacht vom Ausland und ungünstiger gestaltet, die Krise verschärft. Es ist Humboldt, zu sagen, die nationale Selbständigkeit werde durch den Zoll erhöht, denn Repressalien werden unsere Produktion schwächen, die Ausfuhr vermindern. Wirtschaftliche Prosperität kräftigt eine Nation; wirtschaftlicher Niedergang dezimiert besonders die Mittelschichten des Volkes. **Redner** erörtert dann die Wirkung des Zolles für den einheimischen Getreidebau, für die Industrie, für den Handel, sowie die internationalen Beziehungen des Reiches und kommt zu dem Schluß, daß unberechenbarer Schaden dem ganzen Volke drohe, wie er noch nie gedroht habe. Die Arbeiterklasse werde durch die Energie gegen diese Vernichtung des Lebens mit aller Macht kämpfen. **Redner** bespricht dann das Verhältnis zwischen Grundrente und Lohn.

Die abermalig eingeleitete förmliche Unterhaltung vieler Kommissionsmitglieder giebt dem **Redner** Anlaß zu der Bemerkung, daß die Zölner kein Gewicht auf sachliche Einwände legen und die Entscheidung über den Zolltarif von der Schlacht im Plenum erwarten. Jetzt habe ich trotzdem noch die Hoffnung, daß die zweite Lesung im Plenum im Gegensatz zu den Beschlüssen der Kommission über die hier in Frage stehenden Lebensmittel die Last von den arbeitenden Klassen abwenden und die Zölle auf Lebensmittel abschaffen wird. Das wäre ein Gewinn für die Nation und würde ihr Wohlergehen fördern, das dem einer Handvoll unerlässlicher Großgrundbesitzer vorgehe.

v. Wangenheim tritt für höhere Zölle ein, da die Preise der letzten 10 Jahre sich erhöhten; andererseits werde die Konkurrenz des Auslandes gehäuft, die die Preisbildung ungünstig beeinflusse. Man habe den Fehler begangen, die Industriezölle zu hoch zu bemessen, die für die Landwirtschaft zu niedrig. Davon habe die Industrie Vorteile geholt, nun müßten die Agrarzölle erhöht werden, damit ein Ausgleich erzielt werde.

Wahnke erwidert dem **Vorredner**, wenn derselbe eine Erhebung der Industriezölle zum Ausgleich wünsche, finde er ihn, **Redner**, an seiner Seite. Der Vertreter des Bundes der Landwirte habe heute im Gegensatz zu seiner Presse sehr freundlich geredet. Es handle sich um eine Belastung von mehreren hundert Millionen Mark, die unmöglich nach irgend einer Richtung Vorteile bringen könne. Die lächerlich hohen Forderungen Wangenheims seien nicht diskutabel. Auch die Säße der Kommissionmehrheit, sowie die der Vorlage seien unannehmbar.

Heim wendet sich gegen **Stadttag**, der alte Gründe wiederholt habe, deren Wahrheit nicht festliehe. Derselbe habe eine Rede gehalten, die er wahrscheinlich auf dem Parteitag in München nicht habe halten dürfen. (**Witzwort:** lächerlich.) Die Sozialdemokratie werde es einmal zu läßen haben, daß sie den Standpunkt von heute einnehme. Die Warden von **Wuppertal**, **Diefel**, **Ward** und **Leffler**, die an den Zolltarif geknüpft würden, widerlege er nicht. **v. Wangenheim** sei ein Eingänger, der Bund der Landwirte könne unmöglich auf den von ihm heute wieder eingetragenen Forderungen stehen. **Redner** tritt dann für einen Zoll von

6 M. im Minimaxtarif auf Gerste ein. Die Einfuhr Österreichischer u. Gerste habe die Wirkung einer Null-Einfuhr. Mit einem Zoll, wie ihn **Wangenheim** wolle, sei kein Handelsvertrag abzuschließen. In Bayern tritt kein Abgeordneter, auch solche vom Bund der Landwirte, für solche Forderungen ein. **Redner** will jetzt seine Zustimmung zu den Beschlüssen der Kommission geben.

Graf Vosadowky: Die Herren, die solche hohe Forderungen stellen wie Herr v. Wangenheim, übersehen, wie die Bevölkerungsziffer sich zu Ungunsten der Landwirtschaft verschiebt. Politisch läßt sich ein so hoher Schatz für die Landwirtschaft nicht vertreten. Selbst wenn solche hohe Zölle sachlich berechtigt wären, könnte man sie nicht bewilligen, man schaffe dadurch eine politische und sozialpolitisch unmögliche Situation. Der Industrie würde damit ein Schlag versetzt. Die Regierung könne ihren Standpunkt nicht besser präzisieren, als es vorhin **Wahnke** getan habe. Zölle dürften nicht höher bemessen werden, als in dem Maße, daß sie die Produktionskosten ausgleichen. Handelsverträge könnten auf Grund eines so erhöhten Tarifs kaum abgeschlossen werden. Das sei politisch und wirtschaftlich unannehmbar. Es gebe nur zwei Wege, entweder man acceptiere den Entwurf wie er vorliegt, oder es gelte im Gegensatz der alte Tarif weiter. Er bestreite auf das entschiedenste, daß die Industriezölle so erhöht werden feien, wie v. Wangenheim heute behauptet habe; nur zum Zweck handelspolitischer Verhandlungen seien einige Zölle erhöht. Man habe gesagt, die Regierung nehme hier in der Kommission einen diktatorischen Standpunkt ein. Das sei unrichtig. Die Regierung habe der Notwendigkeit zu folgen, die Zölle so zu bemessen, daß sie anderen Staaten noch annehmbar erscheinen könnten. **Redner** wolle auf Grund des neuen Tarifs zu keinen Handelsverträgen, dann bleibe der alte Tarif bestehen. Ob damit gebient sei, möge man ermessen.

Wahnke bemerkt, die Freiständigen hätten den alten Tarif als beste Grundlage für den Abschluß von Handelsverträgen erachtet, ihr Standpunkt sei also gerechtfertigt. Jetzt solle der Großbetrieb in der Landwirtschaft zum Nachteil des Kleinbetriebes noch mehr begünstigt werden. Das solle verhindert werden. **Stadttag** beantragt Schluß der Debatte, der angenommen wird. **Stadttag** bemerkt ferner, daß der **Abg. Heim** der zweiten Lesung den **Abg. Heim** der ersten Lesung heute beigefolgt habe und er, **Stadttag**, auf dem Parteitag der Sozialdemokratie in München nicht verhindert worden sei, eine Rede zu halten, auf sozialdemokratischen Parteitag habe er nicht zu wie auf Katholikentagen, wo man **Redner** verhindere, in die Diskussion einzutreten.

Darauf erwidert sich eine Geschäftsordnungs-Debatte über die Spezialbehandlung der Tarifpositionen. Beschlossen wird, nach der Generaldiskussion Beschluß darüber zu fassen, welche Positionen des betreffenden Abschnittes zur Spezialdiskussion zugelassen werden sollen. Der Antrag **Wahnke**, seine Anträge zu den Positionen 1 bis 4 und 7 zuzulassen, wird abgelehnt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freiständigen. Position 10 und 101, Reis, poliert und unpoliert, werden zur Diskussion gestellt.

Stadttag beantragt, die Regierungsvorlage wieder her zu stellen und begünstigt den Antrag. **Wollenbuhr** wendet sich gegen die Verzollung, die nur wenige Großmilitärischen begünstige. Der Zoll sei ein reiner Finanzzoll, der die Waffen schädige, denn es trete eine Verteuerung von 2 Pf. pro Kilo ein.

Der Antrag **Stadttag** wird mit 15 Stimmen angenommen. Dann kommt Position 23, Kartoffeln, zur Beratung. Beschluß der ersten Lesung: in der Zeit vom 15. Februar bis 31. Juli 2,50 M., vom 1. August bis 14. Februar frei.

Schrimm **Wernut** spricht gegen den Zoll. Die Sozialdemokraten beantragen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage: Zollfreiheit.

Wahnke und **Wollenbuhr** treten für diesen Antrag ein. **Herold** konstatiert, daß bei der 1. Lesung ein Kompromiß zu stande kam zwischen Konservativen, Reichsparteiern und Zentrum. Auf Grund des Kompromisses kam der Beschluß zu stande, an dem das Zentrum jetzt festhalte. Herr v. Wangenheim habe seine Anträge auf Erhöhung der Zölle nur gestellt, weil er wisse, daß sie nicht angenommen würden. **Herold** gehöre nicht dazu, solche Anträge zu stellen. **Herold** erregt große Heiterkeit, da er behauptet, es handele sich um keinen Kartoffelzoll. Es sollten nur die Luzernerzölle getroffen werden.

v. Wangenheim, der 1 Mark Zoll für Kartoffeln überhaupt beantragt, hat es sich zum Grundsatz gemacht, die Zollerbössungen zu beantragen, über die sich landwirtschaftliche Korporationen geeinigt hätten. **Wollenbuhr**: **Herold** scheine die Beschlüsse der 1. Lesung nicht gelesen zu haben; es handele sich nicht um Frühkartoffeln, denn die Dänen, die in der festgesetzten Zeit Kartoffeln bei uns einführen, versorgen uns nicht mit Frühkartoffeln. Der Zoll trifft auch alle Kartoffeln. **Herold** behauptet, allerdings sollten nur Frühkartoffeln getroffen werden.

Der Beschluß erster Lesung wird angenommen. Darauf wird Vertagung beschlossen.

Ferner wird beschlossen, täglich von 9—3 Uhr zu tagen, Freitags von 9—12 Uhr. Schluß 6 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 9 Uhr.

Krankenkasse und Ärzte.

Unter diesem Titel veröffentlichte **Hr. Dr. Wagnodjinski** in Nr. 218 des „Vorwärts“ einen Artikel, dem ein Vorgang bei der Orts-Krankenkasse der Gastwirte zu Grunde liegt, und in dem das Urteil der breiten Öffentlichkeit angefaßt wird. Im ein gerechtes Urteil zu ermöglichen, erscheint es aber doch notwendig, wenigstens die wesentlichen hierbei in Betracht kommenden Verhältnisse, die von **Hr. Dr. W.** gar nicht berücksichtigt worden sind, darzustellen, denn mit bloßen Behauptungen ist noch nichts bewiesen.

Der Sachverhalt ist folgender: Auf Anregung des Vorstandes hat die Generalversammlung der Krankenkasse beschlossen, die Zahl der Ärzte von 10 auf 20 zu erhöhen, das Anfangshonorar so wie bisher bei 1000 M. zu belassen und als Maximum, das nach etwa einjähriger Tätigkeit erreicht werden soll, 1200 M. festzusetzen. Motiviert ist dieser Beschluß damit, daß sich die Wohnungsverhältnisse der Kassemitglieder im Laufe der Jahre erheblich verändert, was zur Folge hatte, daß ein Teil der Kassennärzte im Gegensatz zu den anderen zu sehr in Anspruch genommen und von diesen selbst und zwar häufig berechtigt, eine Entlastung gewünscht wurde. Um dem abzuhelfen und um den Mitgliedern die Konsultierung eines Arztes zu erleichtern, sollten die Bezirke geändert und namentlich die belasteten wesentlich verkleinert werden. Um eventuellen Einwendungen zu begegnen, mag hier gleich erwähnt werden, daß die Mitgliederzahl der Kasse nicht etwa gestiegen, sondern im verfloßenen Jahre um circa 1000 zurückgegangen ist und ein weiterer Rückgang nach Lage der Sache zu erwarten steht. Auch wäre es zweifellos ein unbilliges Verlangen, wenn von den Ärzten gefordert würde, entweder in einem anderen Stadtteil zu verziehen oder die Tätigkeit für die Kasse aufzugeben. Eine solche Forderung wäre dann gerechtfertigt, wenn die Ärzte von der Kasse besollet würden und auf die Privat- und anderweitige Praxis verzichten könnten. Wenn das aber nicht der Fall und wenn man

ferner weiß, daß sich der Arzt zumeist erst dadurch, daß er in einem Bezirk längere Zeit wohnt, eine größere Praxis erworben hat, so kann die Forderung der Wohnungsverhältnisse doch erst in letzter Linie gestellt werden. Es ist noch eins, was der Vorstand beziehungsweise die Generalversammlung zu diesem Beschluß veranlaßt hat, und zwar soll für gleiche Leistungen auch eine gleiche Bezahlung erfolgen. Bei dem bisherigen System ist nämlich der Arbeitsstand eingetreten, daß das Honorar im Verhältnis zu der Tätigkeit ganz ungleichmäßig differiert. Nach den letzten Statistiken von den Jahren 1900 und 1901, die aus eigenen Aufzeichnungen der Kassennärzte zusammengestellt sind, ergibt sich, daß mehrere Ärzte mit 21, 28, 31, 34 Pf., andere mit 62, 67, 70, 78 und 80 Pf. pro Konsultation honoriert werden. Für einen Besuch, der als drei Konsultationen rechnet, erhält der eine Arzt 63, der andere 240 Pf., also fast das Vierfache. Um diesen Mangelstand im Interesse der Ärzte zu beheben, hat der Vorstand schon im Jahre 1898 den Kassennärzten den Vorschlag gemacht, das Point- oder das Vonds-System einzuführen. Die Kasse wollte sogar gleichzeitig das damals gehaltene Honorar von 24 000 auf 30 000 M., also um 5100 M. erhöhen. Dieser Vorschlag wurde von den Ärzten rundweg abgelehnt und der Zahlungsmodus, bei dem der Umfang der Tätigkeit nicht in Betracht gezogen wird, blieb bestehen. Das Bestreben, die einzelnen Ärzte zu entlasten und eine gleichmäßige Bezahlung für die gleiche Tätigkeit herbeizuführen, war ein wesentlicher Grund für den Beschluß der Generalversammlung.

Es muß noch betont werden, daß das Honorar indigestent nicht erniedrigt sondern mit diesem Beschluß um 4800 M. erhöht worden ist. Allerdings tritt dennoch bei dem seit längerer Zeit für die Kasse tätigen Ärzte eine Reduzierung der Gehälter ein, aber andererseits auch eine erhebliche Entlastung durch die bedeutende Verkleinerung der Bezirke.

Von dem anfänglich motivierten Beschluß der Generalversammlung wurden die Kassennärzte am 23. August in Kenntnis mit dem Erlaß, bis zum 8. September, also 16 Tage später, sich hierüber zu äußern. Eine Konferenz der Kassennärzte erklärte sich mit Ausnahme des **Hr. Dr. Wagnodjinski** und eines Herrn, der funktuell am stärksten beteiligt ist, mit dem ganzen Plan prinzipiell einverstanden; eine größere Zahl der Herren wünschte aber, daß das Maximum des Honorars auf 1500 statt 1200 M. festgesetzt wird. Eine spätere gemeinsame Konferenz der Kassennärzte und des Vorstandes zeitigte dasselbe Resultat und ist nun die Sache der am 19. d. M. abgehaltenen Generalversammlung zur nochmaligen Beschlußfassung unterbreitet worden. Auch privatim wurde von beteiligten und unbeteiligten Ärzten der Plan aufgegeben und als völlig gerechtfertigt anerkannt. Zweifellos wäre die ganze Angelegenheit in ruhiger Weise zur beiderseitigen Zufriedenheit erledigt worden, wenn nicht auf Veranlassung des oben erwähnten Arztes die Vertragskommission des Vereins der freigeählten Kassennärzte plötzlich beschloß, daß die Ärzte auf diese Bedingungen nicht eingehen und mit der Kasse nur ein Vertrag geschlossen werden darf, der dem § 19 der Vereinshandlungen entspricht und ein Honorar von 3,50 M. pro Kopf zusichert. Abgesehen davon, ob die Vertragskommission in diesem Falle überhaupt berechtigt war, einzugreifen (die Kassenkasse erachten wir hierzu nicht für befugt), so ist doch mindestens sonderbar, daß dies in einem Augenblicke geschieht, wo thatsächlich eine Verbesserung für die Ärzte im allgemeinen vorgenommen wird. Es ist auch eigentümlich, daß **Hr. Dr. W.**, die dem Vorstande vorwirft, daß er sich nicht vorher mit den Kassennärzten ins Einvernehmen gesetzt, keinen Tadel übrig hat für das Vorgehen der Vertragskommission, die einfach über eine große Krankenkasse einen so bedeutungsvollen Beschluß faßt, ohne sich erst von den einschlägigen Verhältnissen zu informieren oder die Beteiligten zu hören. Der Verein der freigeählten Kassennärzte bezug dessen Kommission hat die verbesserten Zahlungsbedingungen bei unserer Kasse für „standesunwürdig“ erklärt. Auch **Fräulein Dr. W.** ist, obwohl sie erst vor einigen Monaten einen Vertrag mit der Kasse abgeschlossen hat, plötzlich derselben Meinung geworden, sie verlangt die Anerkennung der von dem Verein aufgestellten Forderungen und läßt sich nicht, diejenigen, welche nicht die Befähigung besitzen, ihre Meinung so schnell zu ändern, in der Öffentlichkeit angreifen.

Da **Fräulein Dr. W.** sich auch darüber nicht den Kopf gebrochen hat, ob die Kasse jetzt überhaupt im stande ist, die Forderungen des Vereins der freigeählten Kassennärzte durchzuführen, so sind wir leider noch gezwungen, auch diese Frage zu erörtern. Zunächst wollen wir darauf hinweisen, daß das Honorar pro Kopf im Jahre 1900 bei unserer Kasse 2,14 M., bei den gesamten Berliner Orts-Krankenkassen im Durchschnitt 2,09 M., bei den gesamten Berliner Innungs-Krankenkassen 1,80 M., und die Innungs-Krankenkasse der Gastwirte, die bis heute noch nicht als „standesunwürdig“ bezahlende Kasse bezeichnet ist, bezahlte pro Kopf 1,34 M. Also die gesamten Innungskassen bezahlen bedeutend weniger als die Orts-Krankenkasse der Gastwirte. Nach dem beschlossenen Plan würde sich das Honorar auf 2,27 M. erhöhen. Allerdings entspricht auch dieser Satz nicht dem von den Ortsklassen bezahlten Durchschnittshonorar, aber hierbei muß in Betracht gezogen werden, daß bei unserer Kasse ein ungewöhnlich hoher Prozentsatz der Mitglieder, lediglich auf Grund der gewerblichen Verhältnisse, in den Krankenhäusern untergebracht werden muß und folgedessen für die lastenärztliche Tätigkeit gänzlich ausfällt. Während die gesamten Berliner Orts-Krankenkassen 391 M. und die Innungskassen nur 3,78 M. pro Mitglied bezahlen, müßte die Orts-Krankenkasse der Gastwirte 8,14 M. pro Mitglied an Krankenhäuskosten bezahlen. Dieser Umstand muß bei der Berechnung des Honorars berücksichtigt werden und dann wird sich herausstellen, daß der von den Berliner Orts-Krankenkassen geleistete Durchschnittsatz auch bei unserer Kasse bezahlt wird. Thatsächlich werden bei unserer Kasse trotz der angeblich standesunwürdigen Zahlungsbedingungen die Leistungen der Ärzte weit höher honoriert. Bei der freien Arztwahl kommen auf die Konsultation durchschnittlich etwa 35 Pf., während bei der Ortsklasse der Gastwirte im vorigen Jahre 45 Pf. pro Konsultation bezahlt wurde. Dieser Satz wird nach den neuen Honorarbedingungen im nächsten Jahre auf mindestens 50 Pf. steigen.

Es ist niemand vom Vorstande oder den Kassenvorstellern eingefallen, das Honorar herabzusetzen, sondern es ist in der That das Bestreben vorhanden, nach Möglichkeit eine Verbesserung vorzunehmen. Aber mehr zu thun, wie schon worden ist, ist unter den obwaltenden Verhältnissen einfach unmöglich. Trotzdem der Beitrag bei der Orts-Krankenkasse der Gastwirte 20,57 M. pro Kopf und Jahr beträgt und den Mitgliedern eigentlich nur die gesetzlichen Mindestleistungen gewährt werden können, muß der Beitrag jetzt wieder auf Verfügung des Oberpräsidenten beträchtlich erhöht werden. Die Ausdehnung der Unterstützungsdauer von 13 auf 26 Wochen ist nicht genehmigt worden. Bei der lieben Innungskasse der Gastwirte, ein Krankengeldunternehmen im wahren Sinne des Wortes, beträgt der Beitrag nur 14,82 M.; auch ein Umstand, der dazu ansetzt, daß die Orts-Krankenkasse bedeutende Schwierigkeiten zu bereiten.

Aber das sind ja alles Dinge, welche für **Hr. Dr. W.** gar nicht in Betracht kommen. Sie stellt einfach eine ganze Anzahl von Behauptungen auf, ohne sich auch nur im geringsten zu bemühen, die Beweise hierfür zu erbringen; dafür aber wird das beliebte Mittel angewandt, die Kassemitglieder gegen den Vorstand auszuspielen. Im übrigen verjagt **Hr. Dr. W.** in erstaunlich naiver Weise zu begründen, daß der Vorstand die an die Kasse gestellten Forderungen bedingungslos anerkennen muß. Sie argumentiert folgendermaßen: Der Verein der freigeählten Kassennärzte ist eine wirtschaftliche Organisation und weil sich im Kassenvorstande organisierte Arbeiter befinden, deshalb dürfen die Forderungen nicht abgelehnt werden. Dieser Verein fordert die Einführung der freien Arztwahl und hat als „standeswürdiges“ Honorar den Satz von 3,50 M. für

das nächste Jahr 4 M. pro Kopf festgelegt. Mit der von Dr. Fr. W. beliebten Argumentation könnte dieser Verein den Honorarjah wenigstens bei den Kassen, die von organisierten Arbeitern verwalten werden, fortgesetzt in beliebiger Weise erhöhen, ohne Rücksicht darauf, ob die Kassen im Stande sind, die hierzu notwendigen Mittel aufzubringen. Aus den Ausführungen des Dr. Fr. W. ist nicht klar ersichtlich, ob sie eine Orts-Krankenkasse als Organisation oder als ein privatkapitalistisches Unternehmen betrachtet. Wenn sie das erstere annimmt, so hätte sie sich nach den von gemachten Darlegungen gegen das Vorgehen der Vertragskommission wenden müssen; nimmt sie aber das letztere an, so hätte sie sich ihre ganzen Begehren über die Pflichten einer Organisation und deren Vertreter sparen können.

Wir sind gar nicht im Zweifel darüber, daß das von Fräulein Dr. W. angeregte Urteil der breiten Öffentlichkeit nicht durch schon klingende Redensarten beeinträchtigt und unter Würdigung der mitgeteilten Thatsachen sich zu unfern Gunsten aussprechen wird.

Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Gaskirch und verw. Gewerbe.

Arbeiterinnen Berlins, wahret Eure Rechte!

Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, die zum Schutze der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter erlassen sind, werden vielfach seitens der Unternehmer nicht beachtet und die Rechte der Arbeiterinnen werden oft gekürzt.

Das Gesetz bestimmt:

Die Arbeitszeit dauert für Arbeiterinnen über 16 Jahre 11 Stunden täglich, mit einstündiger Mittagspause; an Vorabenden von Sonn- und Festtagen nur 10 Stunden, und es muß die Arbeitsstätte an diesen Tagen bis spätestens 5 1/2 Uhr verlassen sein.

Jugendliche Arbeiter von 14—16 Jahren dürfen täglich nur 10 Stunden mit einstündiger Mittagspause sowie je Vierteltägiger Frühstück- und Vesperpause beschäftigt werden.

Kündigungen und Entlassungen. Gründe für sofortiges Verlassen der Arbeit sind z. B.: Unfittliche Angriffe der Unternehmer oder ihrer Vertreter, Thätlichkeiten, grobe Beleidigungen, unregelmäßige Lohnzahlung, bei Accordarbeit nicht ausreichende Beschäftigung usw.

Die Kündigungsfrist ist eine 14tägige; sie kann durch gegenseitige Vereinbarung aufgeschoben werden. Wenn Kündigungsfristen bestehen, müssen sie für beide Teile gleich sein.

Ausstellung von Zeugnissen. Die Arbeiterin hat das Recht, ein Zeugnis über Art und Dauer ihrer Beschäftigung zu verlangen; besondere Merkmale, welche die Schädigung der Arbeiterin zur Folge haben können, sind ungeschädigt und sind zurückzugeben.

Strafgebühren. Bestimmungen über Lohnabzüge in Form von Strafgebühren müssen in der Fabrikordnung, die sichtbar aushängen muß, bekannt gegeben sein. Die Verhängung jeder Strafe muß der Arbeiterin ohne Verzug mitgeteilt werden.

Hygienische und Schutzmaßnahmen. Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften sind so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiterinnen gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Es ist für genügend Licht, reine gute Luft, Befreiung von Staub und Abfällen zu sorgen; ebenso sind Schutzvorrichtungen an Maschinen anzubringen. In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiterinnen sich umkleiden und nach der Arbeit reinigen, müssen ausreichende, für beide Geschlechter getrennte Ankleide- und Waschräume vorhanden sein. Bedürfnisanstalten müssen in genügender Zahl vorhanden und so eingerichtet sein, daß Sitte und Anstand nicht verletzt werden.

Arbeiterinnen, achtet darauf, daß diese zu Eurem Schutze erlassenen gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt und innegehalten werden.

Wir weisen darauf hin, daß nachstehende Personen bereit sind, um es den Arbeiterinnen zu ermöglichen, ohne Nachteile für ihre Erziehung auf Befreiung der Missethäter in den Arbeitsstätten hinzuwirken, wahrheitsgetreue Beschwerden entgegenzunehmen und für schnellste Abhilfe Sorge zu tragen.

Die Namen der Beschwerdeführer werden streng geheim gehalten!

- Beschwerden nehmen entgegen: **Frl. Baader, Grobgörtschenstraße 38, 2. Hof II.** **Frau Kaufschle, Postdammstr. 47, Quergeb. I.** **Frau Dr. Wegl, Lohringergstr. 67, I.** **Frau Lutz, Waterloo-Ufer 9, im Laden.** **Frau Reisch, Rydenerstr. 3, linker Aufg. IV.** **Frau Tief, V. Blumenstr. 63, 1. rechts.** **Frl. Heidemann, Alte Jakobstr. 118, IV.** **Frl. Grünberg, Köpckeplatz 8b, IV.** **Frau Jexye, Nizdorf, Steinhilfstr. 120, Hof I.**

- Sprechzeit jeden Mittwochabend von 7—9 Uhr.
- Gewerkschaftsbureau, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, im Laden, Vorm. 9—1 und nachm. 6—8 Uhr.
- Die Gewerbe-Inspektions-Assistentinnen **Frl. Reichert, Engel-Ufer 4, Frl. Kummer, Georgenplatz 21, Frl. v. Hennig, Bärder, Bringer-Allee 88, sind** für Arbeiterinnen allein jeden Donnerstag von 7—8 Uhr abends und jeden ersten Sonntag im Monat von 9—10 Uhr vormittags zu sprechen.

Eine Agitations- und Beschwerdekommision haben die Genossinnen in Chemnitz gebildet. Sie besteht aus den Frauen **Ida Köhler** und **Verba Riemann.** Sie soll Beschwerden der Arbeiterinnen über Missethäter in den Fabriken entgegennehmen, um sie der Fabrikinspektion zu übermitteln.

Zum Vereinsrecht der Frauen. In der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik, die gegenwärtig in Köln stattfindet,

sollte Helene Simon einen Vortrag halten. Der Polizeipräsident untersagte den Vortrag auf Grund des § 8 des Vereinsgesetzes. Frauen dürfen nach Anordnung der Polizei nur in dem bestimmten Segment aufzufehen sein.

Das Ermessen der Polizei findet also auch die bürgerliche Socialreform für gefährlich genug, um die Anwesenheit der Frauen in den Vereinsversammlungen nicht zu dulden.

Sociales.

Die Löhne der preussischen Bergarbeiter sind im Jahre 1901, wie aus einer Zusammenstellung des „Reichs-Anzeigers“ hervorgeht, bereits erheblich zurückgegangen gegen das Jahr 1900. Auf sämtliche Arbeiter aller Reviers berechnet, ergab sich im Jahre 1901 ein Durchschnitt von nur 1076 M. gegen 1188 M. im Jahre 1900, während der Durchschnitt des Jahres 1899 1070 M. betrug. Das Jahr 1902 wird einen weiteren Rückgang bringen, es wird die Löhne unter den Stand des Jahres 1899 erheblich hinunterdrücken. Im Dortmund Revier stehen sie 1901 schon tiefer wie 1899. Sie betragen dort 1599; 1295 M., 1900; 1832 M., 1901; 1224 M. Am stärksten fielen dabei die Löhne der unterirdisch beschäftigten eigentlichen Bergarbeiter im Dortmund Revier, nämlich von 1592 M. auf 1447 M.

Baugewerkschaft und Arbeiterkontrolle.

Die Bauarbeiter-Kommission in Schwerin hatte an den dortigen Magistrat eine Anzeige gerichtet, daß auf verschiedenen Bauten in der Stadt die Unfallverhütungs-Vorschriften nicht beachtet würden. Daraus antwortete der Magistrat:

„Die von Ihnen erstatteten Anzeigen über ungenügend beachtete Unfallverhütungs-Vorschriften bei Herstellung der Baugewerke zu den Bauten des Infanterie-Kasernenbaus und zu hiesigen Privatbauten sind an das Stadt-Bauamt bezw. an die Bau-Polizeibehörde zur Verichterstattung abgegeben. Es wird Ihnen auf dieselben erwidert, daß nach den erstatteten Berichten die nötigen Abhilfen eingetreten bezw. aufgegeben sind. Der Magistrat.“

Die Antwort giebt also zu, daß die gerügten Missethäter vorhanden waren, d. h. daß die Anzeige der Arbeiter den Thatsachen entspricht und daß die polizeiliche Überwachung der Baubetriebe unzureichend war. Damit ist erwiesen, daß die Heranziehung der Arbeiter zur Kontrolle der Schutzvorschriften nötig ist und daß die Arbeiter, was noch so häufig bestritten wird, auch im Stande sind, eine sachgemäße Kontrolle zu üben.

Kapital und Arbeit. Die Kohlenbergwerke des Rätischer Volks in den Jahren 1897—1901 hat der Generalinspektor der Bergwerke, i. J. 1901 einen Gewinn von 16,47 Millionen Frank gebracht; dabei haben von den 42 in Betrieb gewesenen Minen 8 mit Verlust gearbeitet. Der Generalinspektor bezeichnet dieses Resultat als ein sehr befriedigendes und in der That liegt für die Bergwerke keine Grund vor, unzufrieden zu sein; in den Jahren 1897—1901 hat der Gesamtüberschuss nur viermal, nämlich 1899, 1891, 1899 und 1900, die Summe von 10 Mill. Fr. überschritten. Die letzten Jahre waren für die Bergwerke außerordentlich gewinnbringend, trotzdem haben die Arbeiter um jede, auch die geringste Lohnforderung kämpften müssen. Der Gesamtlohn der Arbeiter betrug im Jahre 1901: 4280 Mill. Fr., eine Summe, die nur wenig mehr als 2 1/2 mal soviel ausmacht, als der Profit des Kapitals. Während hier aber nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Personen beteiligt ist, verteilt sich der oben bezeichnete Gesamtlohn auf 34 000 Arbeiter. Rechnen wir die bezüglichen Zahlen der letzten fünf Jahre zusammen, so gelangen wir zu folgendem Resultat: Die Arbeiter erhielten in den Jahren 1897—1901 für rund 50 Millionen Arbeitstage insgesamt 191,33 Mill. Fr.; die Kapitalisten jedoch 75,79 Mill. Fr. ein. Ein schreckliches Mißverhältnis!

Unternehmerprotest gegen den Kinderschutz. Die Schulverwaltung in Kottbus richtete vor kurzem eine Eingabe an das Reichsministerium, um einige kleine Verbesserungen des Gesetzes über die Volksschulen in den Städten herbeizuführen. Das hat aber starken Widerspruch bei den Unternehmern hervorgerufen, die darin eine zu weit gehende Einschränkung der Aunderarbeit erblicken, und sie zu einer Gegeneingabe veranlaßt, in der verlangt wird, daß das Schulgesetz abgeändert werde, das eine intensive Ausbeutung der Kinder und jungen Leute möglich wird. Der Centralvorstand der Arbeitgeber-Vereinigung schreibt an das Reichsministerium: man sei schon viel zu weit gegangen in der Richtung, den norwegischen Arbeitgebern allerlei Verantwortung und zeitraubende Arbeit aufzuerlegen und das Resultat davon sei, daß sich unter ihnen eine immer mehr steigende Unlust, Kinder und junge Menschen in Arbeit zu nehmen, geltend mache, wodurch die Entwicklung von Arbeitslust und Arbeitssucht zum Schaden der Allgemeinheit gehemmt werde.

Glücklicherweise sind diese Herren in dem demokratischen Norwegen nicht die Alleinherren, sonst würden sie jedenfalls die unbeschränkte, das Volk, beengende Kinderausbeutung wieder einführen. Die Arbeiter Norwegens haben der Verfassung nach die Macht in Händen, derartige reaktionäre Strömungen zurückzudrängen und eine zurechnungsfähige Ausbeutung der Socialgesetzgebung herbeizuführen. Jedenfalls werden sie bei den in nächster Jahre stattfindenden Stortingswahlen dafür sorgen, daß einige Socialdemokraten in die Lage kommen, der sozialpolitischen Strömung im norwegischen Parlament neue Richtung zuzuführen.

Lebe- und Diskussionsklub „Südost“. Donnerstag, den 25. d. M., Vortrag über: „Rausch und die sociale Revolution“. Gäste, auch Wegner, willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

J. J. Jeno. Fragen Sie an in der „Königsberger Volks-Zeitung“, Königsberg i. Pr., Knochenstr. 32.

Schreiber 150. Die von Ihnen gewünschten Firmen finden Sie im Adressbuch II. Band, Theil IV, S. 310—312.

G. R. 84. Verloren gegangen. Bitte, wiederholen Sie Ihre Frage. **Bauarbeiter in Friedrichshagen.** Ihre Einkündung ist zur Aufnahme nicht geeignet. Näheres erfahren Sie eventuell mündlich auf der Redaktion.

Wette 27. Die angegebene Mischung, auf einmal genommen, wird in der Mehrzahl der Fälle tödlich wirken. Auch die Hälfte wird häufig schon genügen. 2. 10 = 1 Gramm, 0,1 = 1 Zehntel (Decigramm), 0,01 = 1 Hundertstel (Centigramm), 0,001 = 1 Tausendstel (Milligramm), 0,0001 = 1 Zehntausendstel (Decimilligramm). Die deutschen Kerze rechnen nur hierauf, während z. B. die englischen und amerikanischen Kerze noch teilweise beim Rezeptschreiben die alten sogenannten „Medizinergewichte“ (Unze, Drachme usw.) verwenden.

R. P. 71. Der betreffende Verein nimmt nur dann Sporenlagen an, wenn sie nützlich werden. Haben Sie dazu keine Neigung, dann legen Sie Ihr Geld in der Berliner künftlichen Sparkasse oder in der Scharnhorster Sparkasse an, die auch Geld von Berliner Einwohnern nimmt.

G. D. 21. Aus Ihrer Anfrage geht nicht hervor, ob Ihre Tochter Hebammegehilfin oder ob sie gewerbliche Arbeiterin ist. Im ersteren der Fall ist sie also z. B. Berufsunfähig, so ist das Krankengeld nicht vom Lohn abzugsfähig, sonst ja. Für die Frage auf Zahlung des widerrechtlich vor erhaltenen Lohnes der Hebammegehilfin ist das Amtsgericht, nicht das Gewerbeamt zuständig. — **G. H. 3.** Die Erben hatten, wenn der Testamentvollstrecker die Forderung nicht anerkennen will, kann auch er verklagt werden. — **F. D. 48.** Wenn Sie nicht — das ist wahrscheinlich — in Ihrem schriftlichen Mietvertrag eine solche Verpflichtung übernommen haben: nein. — **Charlottenburg.** Rein. — **H. E. 99.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Die anfangs vereinbarte, falls der Ange stellte sich nicht mit der später allgemein vereinbarten einverstanden erklärt hat. — **G. M. 1.** 1. Nein. 2. Ja. Der Vertrag kann wie jeder Vertrag nur mit Zustimmung der Vertragsparteien, nicht aber einseitig, geändert werden. — **S. K. 10.** Ihre drei Fragen sind ohne Kenntnis des Erbschaftsvertrages und ohne Kenntnis des Ortes, in dem die Bewilligung befehligt, nicht zu beantworten. Ihre Onkel thut am besten, sich bei einem Anwalt seiner Heimat zu erkundigen, weil die Beantwortung einiger Fragen vom lokalen Recht abhängen kann. — **P. Rein.** — **H. W.** Ein Recht zur Aufhebung des Vertrages haben Sie nicht, sondern können nur auf Einräumung des Jenes versprochenen Bodens und auf Schadenersatz wegen Nichterfüllung beim Amtsgericht klagen. — **G. P. 5.** Auf Grund eines Urteils können wiederholt Zwangsversteigerungsversuche gemacht werden. Die Forderung verlischt erst in 30 Jahren nach dem letzten Pfändungsversuch. — **99.** Jeder, auch Ihr Schwägerer, kann bei Verleumdung der Ehre verklagt werden oder verklagen, an wen er will. Das Erbecht tritt erst ein, wenn der Tod voranhandene Vermögen. In einer Entzweiung liegen keine Gründe vor. — **Jersch, Fürkenwalde.** Eine Klage hätte keine Aussicht auf Erfolg. — **F. J. J. Rein.** — **S. R. 84.** 1. Sie müssen zahlen. 2. Verschuldungspflicht liegt vor. — **Röhner 100.** Ihre Frau ist nicht krank, sondern lediglich unwillig, verschuldungspflichtig. — **Tom. Suetonius.** Wenden Sie sich an das Bezirkskommando. — **S. 26.** 1. Wiederholt haben wir erwidert, daß wir über die Güte von privaten Feuer-, Lebens-, Hagel-Versicherungsgesellschaften Auskunft nicht erteilen, aber vor Beitritt in Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit mit Rücksichtpflicht warnen müssen. 2. Ja. — **St. 21.** 1—20 Markt. — **St. R. 53.** Rein. — **Ernst B. 1.** Weiter wird entgegen dem Wortlaut und dem Zweck der betreffenden Vorschrift des Krankenversicherungsgesetzes der Begriff „Arbeiten, Bruchbänder und ähnliche Hilfsmittel“ in der Rechtsprechung (Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts vom 19. 12. 1897) dahin eingegrenzt, daß unter „ähnliche“ Hilfsmittel nur solche zu verstehen sind, die bezüglich des Rosenpantens Brillen und Bruchbänder ähnlich sind. 2. Ein Antrag an die Landesversicherungs-Aussch. Gerabeholder u. dgl. zweits Verhängung vorzeitiger Invalidität zu gewähren, ist in Berlin meistens von Erfolg. — **1873 J. G.** Wenn Sie nach dem 30. September 1874 in Preußen geboren sind, so ist zur Erteilung der Geburtsurkunde der Standesbeamte zuständig, sonst die Kirchengemeinde. — **G. B. 1865.** 1. und 2. Ja. — **W. W. 888.** Ja. — **R. E. 100.** Die betreffende Dame muß zahlen, da sie die Reklamation nicht hat verzichten lassen. Entsgegen dem wiederholten Anträgen, die sogenannten Biermarken-Beute einzeln zu benachrichtigen, daß sie eingekauft sind, wird für diese die Veranlagung nur öffentlich ausgelegt. Nur die Auslegung und die Reklamationen sind mit einer Zeit wiederholt hingewiesen. — **100. Panton.** Nur mit Einwilligung Ihres Gläubigers können Sie Ihre Schuld vorzeitig zahlen. Sie lassen dann auf Grund einer notariell oder gerichtlich beglaubigten schriftlichen Zustimmung Ihres Gläubigers die Hypothek löschen. — **G. B. 104.** Bei diesem Sachverhalt kann Klage wegen Unkenntniss erhoben werden. — **C. R. 15.** Sie leben außerhalb Gütergemeinschaft. Ihre Frau haftet nicht für Ihre Schulden. Ein Scheidungsvertrag, den Sie schließen, um vorhandene Mängel zu beseitigen, ist unzulässig und strafbar. Vorhanden ist ein Gläubiger auch vor und ohne Aufhebung einer Klage.

Witterungsübersicht vom 22. September 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hand um Witterung	Windrichtung	Windstärke	Temp. u. G. °C. u. °F.
Zweigende	776	Ost	1 wolken	7
Hamburg	776	D	2 wolken	6
Berlin	775	NO	4 wolken	5
Frankf. M.	770	NO	2 heiter	9
München	770	NO	3 wolken	7
Wien	772	R	2 heiter	9

Wetter-Prognose für Dienstag, den 23. September 1902.
Trocken und vorwiegend heiter, ein wenig wärmer, bei ziemlich frischen Bräulichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Schampell!!!

Wir gratulieren zum Fünfzigsten!
Berlin O., 22. September 1902.
Mv. Ck. Lz. Fm. OZ. Rb. Wl. Hs. Fr. Ft. Bk. Ca. Cv. Op. Wd. Lv. Mb. Cl. Osch. Em. Rb. Pp. Lf. Hl. Hr. Osch. Psch. OZ. Rl. Aq. Ab. usw.

Codes-Anzeige.

Nach fünf Wochen schweren Leidens endlich unser lieber Sohn
Karl Förkel
im Alter von 16 Jahren 4 Tagen am Sonnabend, den 20. September, 11 1/2 Uhr abends. Dieses allen Freunden und Bekannten zur Nachricht. Die trauernden Eltern und Bruder.
C. Förkel, Zimmermeister.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 24. September, nachmittags 3 Uhr, vom Angula-Hospital, Scharnhorststraße, nach dem Dantes-Kirchhof, Tegeler Chaussee, statt. 22958

Turnverein Fichte.

Am 18. September verlor nach langem schweren Leiden das Mitglied der 3. Männer-Abteilung
Arthur Buschinski.

Ein dauerndes Andenken werden wir ihm nicht beschreiben. Die Beerdigung fand bereits gestern nachmittags mit dem neuen St. Michaels-Kirchhof, Marienburger Weg, statt.
Der Vorstand.

Michel Gomm.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. d. M., nachm. 4 Uhr, vom Krankenhaus Friedrichshagen nach dem Friedhof der Marksgemeinde in Wilhelmshagen statt.

Die Kollegen der Pianofortefabrik von Hirschfeld.

Nach kurzem schweren Leiden entschlief am Freitag, den 19. September, unser guter Sohn, des Kartonschneiders
Alfred Boltze.

Dies zeigen tiefbetrübt die trauernden Eltern u. Geschwister.
Die Beerdigung findet heute nachmittags um 4 Uhr vor der Leichenhalle des Hons-Kirchhofes in Niederschönhausen statt. 22935

Dankfagung.

Allen Kollegen und Kolleginnen meines Mannes, der Postamtens-Branche, Filiale Berlin II, d. T. A. B. sowie der Firma Engel u. Bogesmeier für die Teilnahme und Kranzspende an der Beerdigung sage ich hiermit meinen besten Dank.
Witwe Schuffelhauer nebst Kindern.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Payers
Julius Irmner,
sage ich hierdurch allen Freunden und Bekannten meinen tiefgefühltesten Dank.
Witwe Irmner geb. Dronkow.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise der herzlichsten Teilnahme sowie die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Mutter und Schwiegermutter
Agnes Ulrich
sagen wir allen, insbesondere dem Sängerchor der Handwerker, für den erbebenden Gesang am Grabe, unsern innigsten Dank.
Hans u. Martha Gallrein.
Gustav u. Elise Hahn.

Dankfagung. 22949
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage allen Bekannten und Kollegen innigsten Dank.
Frau Bock nebst Kindern.

Dr. med. Schaper

homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Hornleiden, Frauenkrankheiten.**
Königsgräberstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Dr. Schünemann,

Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9. 1/2 12—1/2 3, 1/4 6—1/2 8, Sonnt. 9-11.

Kranz- und Blumenbinderei

von Robert Meyer, nur Mariannen-Strasse 2. Vereins-Kränze, Palmen u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlandes usw. werden schnell u. preiswert geliefert.

Achtung, Vereine!

Empfehle meine täglich neu renovierten Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. Einige Sonnabende und Sonntag noch frei. 60979*

Neues Klubhaus.

72, Kommandantenstr. 72.

Achtung! Vereine!

Zotensontag, der erste Weihnachtstag und Sonnabend, den 22. Dezember, ist noch zu vergeben. Etablissement „Süd-Ost“, Waldemarstr. 75. (5107)*

Die beste Cigarre.

25 Stück in Kisten 1 M., wegen Umzug. Binnbüsche, SchulstraÙe 36.

Patentanwalt Dammann,

Moritzplatz 57. Kundst. bis abends neun. (4539)*

Gänse, Enten, 1902er.

Junggeflügel, vollkommene und geschickte, transportfähige, lebhafte Tiere in durchschlagigen Drahtkäfigen, franco jeder Wohnstation per Nachnahme. 10 Stück feste, große schmalreißige Gänse 20 M., 15 Stück feste, große, schlachtreife Enten 22 M., 20 Stück festliche Junggänse, fettere Tiere, 18 M., 20 Stück Hühner, Winterleger, mit Eiern 24 M. Gebr. Neumann, Bodenlosplatz, via Breslau Nr. 53.

Roh-Tabak

in großer Auswahl empfiehlt **Emil Berstorff,** Brunnenstr. 26. 4616*

Berliner Ressource

Kommandantenstraße 57.
Reine und große Säle für 100, 500 und 1000 Personen empfindlich

Adolf Stein.
Sühtag sowie ein Sonnabend im Oktober und November frei gemorden.

M. Cohns Festsäle,

Benth-Strasse 20. 48492*

Die Sonnabende 11., 18. und 25. Oktober sind frei geworden und unter coulantem Bedingungen zu vergeben.

H. & P. Uder,

Berlin SO. 16. Engel-Ufer 5. Tabakfabrik. 14899*

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer in Cigarren, Cigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabaken.

Zähne 2 Mk.

10 Jahre Garantie. Teilszahlung wöchentlich 1 Mark. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark. Plomb. 1,50 M. Reparatur. sof. Umarbeitung schlecht sitz. Gobbisse

Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.

(Haus Schwarzlichter) Sprechst. 9—7 Uhr. Tel. VI 4401. 35/1*

Restaurant zum Lindenpark

Friedrichsfelde, an der Kirche. Festsäle. Vnderpart der Strassenbahn Spittelmarkt-Altenbergerplatz-Friedrichsfelde. Gedr. Etablissement des Cohns. Großer Turm- und Spielplatz. Vereinen und Schulen bestens zu empfehlen. Kaffeest. von 2—6 Uhr geöffnet. A. Gesch. *

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 23. September.
Cyrenhaus. Der Ring des Nibelungen. Dritter Abend: Siegfried. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Schnapphahn. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Die Geisha oder: Eine japanische Eheausgeschichte. Anf. 7 1/2 Uhr.
Deutsches Schauspiel. Der Schatzgräber. Anfang 7 1/2 Uhr.
Prinzer. Alt-Feidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belling. Der Oerodrome. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Wiener Blut. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Ledige Leute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Der Fall Rothien (L'affaire Mathieu). Vorher: Ich liebe Sie. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Er und seine Schwester. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Wie man Männer fesselt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. O. (Wallner-Theater). Doktor Klaus. Anf. 8 Uhr.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelm-Städtisches Theater). Jugend. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiss. Eine Paria. Anfang 8 Uhr.
Russen. Marie-Anne, ein Weib aus dem Volke. Anfang 8 Uhr.
Casino. Christliche Arbeit. Anfang 8 Uhr.
Kleines. Serenissimus - Zwischenstücke. Schiffsbrüche. Reden. Schöne Seelen. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Pythia. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Wintergarten. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Bunter Theater. Susanne im Bade. Bunter Teil. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Berlin bleibt Berlin. Anfang 8 Uhr.
Wilhelm. Der Walzerkönig. Anfang 8 Uhr.
Palak. Eine Nacht im Ballhaus. Anfang 8 Uhr.
Steidl. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Vasage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Vasage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theater um 8 Uhr): Tausend Jahre deutscher Kultur. Anfang 8 Uhr.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62. Täglich geöffnet von 7-11 Uhr.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Tausend Jahre deutscher Kultur.
Anfang 8 Uhr.

CASTANS Panoptikum

Friedrich-Strasse 165.
Die sensationellen lebenden Bilder,
dargestellt v. 6 jungen Damen,
Kirchmeiers
Berliner Original-Schrammeln.

Passage-Theater.

Auf das glänzendste renoviert.
Aufgang nur Unter den Linden 22.
Anfang Sonntags 3 Uhr.
Ende 11 Uhr.
Wochentags Anfang 8 Uhr.
Hella Collier
Deutschlands beste Vortrags-Soubrette.
Savely Goré, neuer russischer Tenor. — **Liane d'Amiroff,** hohe Schule, geritten auf einer Plattform.
14 erstklassige Nummern.

ZOOLOGISCHER ZARTEN

Täglich nachmittags 4 Uhr:
Grosses Militär-Konzert.
Entree 1 M.
ab 6 Uhr abends 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse, Bahnhof Friedrichstr.
Sonnabend, 27. Septbr.: Die Liebesschaukel.
(La Bascule.)
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr. Parkett 2 M.

Apollo-Theater

Zum 176. mal:
Lysistrata
Operette in 2 Akten v. Paul Lincke.
Luftballett „Grigolatis“.
Carola x Steidl x Rieck
Kettner x Kröcher x Liebhan x Runge
Malkowska x Perry x Herold.
Die vier Australierinnen.
Savonius x Elliott x Welsons.
Lebende Photographien.
Kassen-Eröffnung 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauerbrücke 3.
Größtes Vergnügungstokal Berlin.
Internationale Konzerte von 5 Künstler-Kapellen.
Im 6. u. 7. Stock erstklassige
Theater- und Spezialitäten-Vorstellg.
Täglich Matinee von 12-3 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater)
Dienstagabend 8 Uhr:
Doktor Klaus.
Lustspiel in 5 Akten von Adolf Arronge.
Mittwochabend 8 Uhr:
Doktor Klaus.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Sappho.
Schiller-Theater N. (Friedr. Wilhelm-Städtisches Theater)
Dienstagabend 8 Uhr:
Jugend.
Ein Liebesdrama in 3 Aufzügen von Max Halbe.
Mittwochabend 8 Uhr:
Einsame Menschen.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Jugend.

Louis Kellers Festsäle,

Koppenstrasse 29.
Dienstag, den 23. September, wie jeden Dienstag:
Zur Eröffnung der Winter-Saison.
Große humoristisch-theatralische Soiree
des Walter-König Berliner Residenz-Gsembles, 15 Personen.
Quartette, Capricien, Spezialitäten ersten Ranges.
Signora Carmen, Palladino, prima Belletino.
Gymnastiker-Truppe Ballini. 61260
Nicht zu hoch hinaus
Grottesk aus dem Berliner Volksleben in 1 Akt.
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf., reserviert 40 Pf.
Nach der Vorstellung: **Familien-Tanzkränzchen.**

Buntes Theater.

(„Ueberbrett“)
Spandauerstr. 68.
Anfang 8 Uhr.
Die Enthüllung des Heine-Denkmal. Von Alex. Rodzjanski. — **Der Hund.** Von Fischer. **Bunter Teil.** Leitung: Oskar Strauss. Tiny Sanders a. G. Bozena Bradsky. Marcell Salzer.

Wilhelm-Theater.

Friedrichstr. 236.
Dorf und Stadt.
Schauspiel in 5 Aufzügen von Charl. Birch-Pfeiffer.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dorf und Stadt.

Casino-Theater.

Vollringstr. 37.
Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Neu! **Stella Zaza.** Neu!
Schwand. Origin. Reubert.
Dazu außerdem großer Erfolg:
Christliche Arbeit.
Entree 30, Park. 50, Park. x. bis 2 M.

Metropol-Theater

Heute:
Berlin bleibt Berlin.
Grosse Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Erik Meyer-Helmann.
Emil Thomas a. G. Josef Josephi. Henry Bender. Flora Siding. Hans Reichberg. Wini Grabitz. — Johanna Junker-Schatz. — Anfang 8 Uhr.
Rauchen gestattet.

Kleines Theater

(Schall und Rauch)
Unter den Linden 41.
Anfang 8 Uhr.
Serenissimus-Zwischenspiele
Schiffbrüche. — Kollegen. Schöne Seelen.

W. Noacks Theater.

(Direktion Robert Dill.)
Gartenstrasse 18
Der Walzerkönig.
Feste mit Gesang in 4 Akten von W. Mannhardt. Musik von Steffens.
Heute: **Tanzkränzchen.**

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Durchaus renoviert.
Direktion: Richard Winkler.
Vollständig neu umgestaltet.
9 Uhr: **Kiejenersfolg!** 9 Uhr:
Eine Nacht im Ballhaus.
Schauspiel in 4 Akten von H. Kneffel. Käser-Hühnung. — Dir. K. Winkler. Lotte Mendt, beste deutsche Soubrette. Les Premiers, Akrobat-Ensembles. Fritz Brandt, Humort. hoch schnell. The Cronays, Sport-Juggler. Veritas, feinstes Damen-Septett.
Entree 30 Pf.
Anfang: Sonntags 7 Uhr. Wochentags 8 Uhr.

Steidl-Theater

Vindisch 132
am
Oranienburger
— Thor. —
Täglich
humorist.
Soiree
u. a.:
Studenten Lust u. Leid.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Vorverkauf 11-1 Uhr.
Sonnt. u. Donnerstag im Festsaal
Tanzkränzchen.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater)
Dienstagabend 8 Uhr:
Doktor Klaus.
Lustspiel in 5 Akten von Adolf Arronge.
Mittwochabend 8 Uhr:
Doktor Klaus.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Sappho.
Schiller-Theater N. (Friedr. Wilhelm-Städtisches Theater)
Dienstagabend 8 Uhr:
Jugend.
Ein Liebesdrama in 3 Aufzügen von Max Halbe.
Mittwochabend 8 Uhr:
Einsame Menschen.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Jugend.

Louis Kellers Festsäle,

Koppenstrasse 29.
Dienstag, den 23. September, wie jeden Dienstag:
Zur Eröffnung der Winter-Saison.
Große humoristisch-theatralische Soiree
des Walter-König Berliner Residenz-Gsembles, 15 Personen.
Quartette, Capricien, Spezialitäten ersten Ranges.
Signora Carmen, Palladino, prima Belletino.
Gymnastiker-Truppe Ballini. 61260
Nicht zu hoch hinaus
Grottesk aus dem Berliner Volksleben in 1 Akt.
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf., reserviert 40 Pf.
Nach der Vorstellung: **Familien-Tanzkränzchen.**

Cirkus Alb. Schumann

Cirkus Ronz-Gebäude. Karlstrasse.
Dienstag, den 23. September 1902, abends präc. 7 1/2 Uhr:
Vierte große Vorstellung.
Höchstenerfolg des Cirkus für Berlin vollständig neuen Programms.
Besonder: Zum viertenmal:
25 Gerettete
von der Insel
Martinique
12 Frauen, 10 Männer, 3 Kinder in ihren heimatlichen Gebäuden, Gefängnissen, Zäunen u. Schlupf-Apotheken:
Der Anbruch des Mont-Pélee.
Großartige künstl. Beleuchtung.
Vorführung der neuesten Originaldrehuren des Direktors Alb. Schumann.

25 Gerettete

von der Insel
Martinique
12 Frauen, 10 Männer, 3 Kinder in ihren heimatlichen Gebäuden, Gefängnissen, Zäunen u. Schlupf-Apotheken:
Der Anbruch des Mont-Pélee.
Großartige künstl. Beleuchtung.
Vorführung der neuesten Originaldrehuren des Direktors Alb. Schumann.

Winter-Gärten

Robinson Baker, Springor.
„In den Alpen“, Tanzquartett.
Angeline von Leo, Sängerin vom kgl. Theater, Brüssel.
Maud Grisolds, Hunde-Dresseuse.
Josie de Witt, Sängerin u. Geigerin.
Die Vicentinas, Rollschuhläufer.
Rofix, athletische Produktionen.
Helene Gerard, „Hohe Schule“.
Die Kollino-Truppe, ital. Akrobaten.
Claudine Polaire, Pariser Sängerin.
W. C. Fields, komischer Jongleur.

Cléo de Mérode

Tänzerin v. d. gross. Oper in Paris.
„Biograph“.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Tageslosse 11-12 Uhr.
Cipriell, Pietro.
William, Max, Erich,
Krone, Blüme, Blüme,
mann, Blüme, x.

Wohlfahrts-Lose!

Haupttreffer 100 000 M. bar.
Ziehung 4. — 9. Oktober.
Lose a 3.30 M., Porto u. Liste extra 30 Pf. 51399
J. Raehor, Haupt-Kollektor, Mainz.

! Buss' Salon!

Gr. Frankfurterstr. 85.
Chique gute Sonntags- und November und Dezember (auch Buhtag) sind noch zu vergeben.
Frau Wwe. Theel.

Gesundheits-Pfeifen

mit Aluminium-Randblätter u. Patentkopf. Reife, Würst, Rind, Schaf, lange und halblange Weichpfeifen. Pfeifensteine, Tabakbeutel, Schimpf-tabakdoolen, Schmalzer-Pfeifen, Cigaretten- u. Zigarettenpfeif, Hamburger u. Duisburger Rauchtabake. 150719
Carl Schubert, Kärstner Platz 6.
Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.
Specialarzt für 35/10
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
Billardtische
zu Fabrikpreisen. 20875
Albert Marwitz, Reue Grünstr. 27, I.

Rabitzputzer, Spanner, Plattenaufsteller, Luginowandputzer usw.

Mittwoch, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Große öffentliche Versammlung

aller im Rabitzgewerbe beschäftigten Arbeiter.
Tages-Ordnung:
Die Missethate in unserm Gewerbe und wie lassen sich dieselben beseitigen?
Das Erscheinen aller Kollegen erwartet
Der Einberufer. 1252/3

Centralverband der Maurer etc.

Zahlstelle Berlin.
Dienstag, den 23. September, abends 1/9 Uhr:
Ausserordentliche Mitglieder - Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Knoll über: „Das Arbeitsloos.“ 2. Aufstellung der Kandidaten zur Gewerbegerichts Wahl. Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder. Die Verhandlung.

Socialdemokratischer Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
bei Wernau, Schwedterstrasse Nr. 23/24.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Schriftstellers Genossen H. Schütte über: Zwei Loosarten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Der Vorstand. Zahlreichen Besuch erwartet. Für die besonders eingeladenen Frauen ist der sich unmittelbar anschließende kleine Saal als „Segment“ reserviert. D. O.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Musikinstrumenten-Arbeiter!

Mittwoch, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15. Saal V:
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Moderne Proletarier-Dichtungen.“ Referent: Genosse Dr. Davidsohn. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 76/5
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

(Zahlstelle Berlin.)
Mittwoch, den 24. September er., abends 8 1/2 Uhr, bei Raabe, Kolbergerstrasse 23:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur Goutouferenz. a) Anträge. b) Wahl der Delegierten. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 64/19
Zahlreiches Erscheinen ist erforderlich.
Die Ortsverwaltung.
NB. Gäste haben Zutritt und können in der Versammlung als Mitglieder aufgenommen werden.

Lese- u. Diskutierklub „Südost“.

Donnerstag, den 25. September, 8 1/2 Uhr, bei Tschendorf, Görlitzerstr. 58:
Vortrag des Genossen A. Bernuth:
„Kantsky und die soziale Revolution.“
Gäste, auch Gegner, willkommen.
Der Vorstand. 22835

Achtung! Bauerschläger!

Am Mittwoch, den 24. September, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Thiel, Bergstrasse 151, Rixdorf, eine
Versammlung
statt. Tagesordnung und Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Die Kollegen Rixdorf sind besonders eingeladen.
Der Einberufer. 39/9

Energischer Monteur

für Feld-, Forst- und Industriebahnen, Drahtseilbahnen, Bremsberge etc. per 1. Januar l. J. gesucht.
Bewerber haben als Referenzen größere, selbstständig ausgeführte Arbeiten anzugeben. Schriftliche Anträge an
E. Geldzinski, Wien 1, Kolowratring 8.
Achtung! Arbeiter-Baugenossenschaft Achtung!
„Paradies“.
Die Mitglieder werden darauf hingewiesen, daß die neuen Statuten erschlennen und in allen Zahlstellen erhältlich sind.
Der Vorstand. 127/5

Rixdorf.

Mittwoch, den 24. September, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Thiel, Bergstrasse 151/152:
Socialdemokratische Partei-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Berichtserstattung vom Münchner Parteitag. Referent: Genosse Emil Büsko und Frau Thiel-Tempelhof. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 303/11
Partei-genossen und Genossinnen! Es ist Eure Pflicht, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Einberufer.

Rabitzputzer, Spanner, Plattenaufsteller, Luginowandputzer usw.

Mittwoch, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Große öffentliche Versammlung

aller im Rabitzgewerbe beschäftigten Arbeiter.
Tages-Ordnung:
Die Missethate in unserm Gewerbe und wie lassen sich dieselben beseitigen?
Das Erscheinen aller Kollegen erwartet
Der Einberufer. 1252/3

Grosses Lager

in
Brillant-, Opal-, Türkis-, Simil-, Korallen-
und Granat-Schmucks.

Goldene Ketten u. Gewicht u. billigster Façonberechnung.
Dukaten-Trauringe
in jedem Gewicht am Lager.

H. Zimmermann

206. Oranienstrasse 206.
Gold- und Silberwaren-Fabrik.

Eigene Werkstatt für Neuarbeit und Reparatur.
Telephon: Amt IV, 6549. 4984L*

Uhren-Grosshandlung.

Glashütter-Uhren.

Grösstes Lager
in goldenen und silbernen Uhren.

Goldene Damen-Uhren Mk. 15,75 an.
Silberne Herren-Uhren mit Kette Mk. 10,-
Goldene Herren-Uhren Mk. 30,- an.

Ein guter Hausfreund

ist dieser beinahe so laut wie natürlich sprechender, singender und spielender **Phonograph**. Der Apparat ist an Tonfülle unerreicht und setzt alle Ohren in Erstaunen und Entzücken. Trotzdem verkaufe diesen Apparat mit **M. 25** auf Teilzahlung. Anzahlung M. 7,-, Abzahlung monatl. 3 M. Feinere Apparate ebenfalls Teilzahlung. Kataloge gratis.
Grösste Auswahl
beispieliger Walzen, ca. 2000 Nummern a M. 1.-.
E. Schmidt, Berlin, Ritterstr. 75. 102/10*
Filialen: SW. Kommandantenstr. 27 u. Friedrichstr. 54. Kabett Ritterstr. 75.



Eigene Confection.

Jaket-Costüme enorm billig

in neuen Herbst-Stoffen

in Zibeline, Tuch u. Velour 20 Mk., 25 Mk., 30 Mk.
in Homespun u. Cheviot 15 Mk., 20 Mk., 25 Mk.
Gummimäntel,
Golf-Capes, Reise-Capes,
Costümröcke jetzt 3,75-15 Mk.
in Satintuch, Homespun, Cheviot und Zibeline 3,50 Mk., 6 Mk., 10 Mk.,
in Seiden-Damast u. Merveilleux 25 Mk.
Herbstneuheit. Golfpaletots 12 Mk., 15 Mk.
Schwarze Capes in feinem Ripps 10 Mk.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse

Blusen in Seide, in Sammet, in Wolle, in den neuesten Fantasiestreifen, kleidsame Façons, 2,50 Mk., 4 u. 6 Mk.

Maassanfertiigung.

Wohlfahrts-Geld-Lotterie.

Ziehung:

16 870 Goldgewinne bar
ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.

575000

Hauptgewinne: Mark

100000

50000

25000

etc. etc. etc.

Originallosos zu 3,00 Mk. Für Porto und Liste 30 Pf. extra

Oscar Bräuer & Co. Nchf.

Bank-Geschäft 5112L*

Berlin W., Friedrichstrasse 181.
I. Filiale: Wilsackstr. 63.
II. Andreasstr. 46 a.

36 Mark

elegante Winter-Paletots,
30 Mark
hochfeine Herren-Anzüge,
12 Mark
schwere Winter-Beinkleider,
Guter Stoff, labelloser Zig.
11. Krausenstr. 11.
1. Treppe. Tel. Amt I Nr. 3708, 1. Treppe.

Steppdecken

billigst in Fabrik
Oranienstrasse 158
Katalog franco. **Emil Lefèvre**, Berlin S.

In Ltr.-Fl. empfehle: Cognac 1,25-10,35, Rum 1,00-5,00, Nordhäuser 0,45-1,35, Liqueure, Eiercognac, Citronen- u. Himbeersaft.
Port- u. Ungarweine gut u. billigst.
Carl Schindler, Chausseestrasse 55.

Reste in Herrenstoffen

für Anzüge u. Winterpaletots aus unsern Engrosbeständen
solche auch für Damen-Paletots und Kinderanzüge spottbillig an Jedermann!!!
Sonntags auch von 8-10 und 12-2 Uhr für den Resteverkauf geöffnet!!!

Tuchfabrik-Niederlage

Koch & Seeland,

Berlin, Ross-Strasse 2. 22276*

Dänischen Anker-Kautabak

Feinste Marke 5 und 10 W.-Schleifen.
Nur echt, wenn sich im Tabak der Firmenstempel mit Anker befindet.
Generalvertreter: C. Röcker, Berlin, Grauer Weg 8, Amt 7, 3861

5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.

Backware

6 Stück für 10 Pf.

Albrechts Bäckerien:

Bronnenerstr. 9, Kraussstr. 19, Falkensteinstr. 28, Sauffhägerstr. 2.

Möbel

erhöhter Qualitäten
Cassa und coulante Ratenzahlung.
Vereinigtes Berliner Möbelfabrikanten
Mosevitz & Zimmermann, Alexan-
derstr. 42
Fabrikgebäude, fein Lab.

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchban-
dagen, Lohblenden, Geradschaltern,
Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl.
Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
Lieferant für Ord. u. Hilfsmittel.
Berlin C. [3762]*

30. Timien-Strasse 30.

Möbel- und Polsterwaren-Fabrik

von
Reichenbergerstr. 5 **A. Schulz**, Reichenbergerstr. 5
empfiehlt sein grosses Lager in Wohnungseinrichtungen in Nussbaum und Mahagoni, 250, 300, 400, 500, 600 bis 10000 Mark.
5070L*
Anerkannt gediegene Arbeit, billigste Preise, coulante Zahlungsbedingung.

Rudolf Bartsch, Oranienstrasse 73, 4983*

Empfehlenswerte Einkaufsquelle für Brautleute. Solide und gediegene Einrichtungen für 200-300-400-500 bis 10000 Mark stets zur Ansicht vorrätig.
Vorlangen Sie meinen Prachtkatalog gratis und franco. Coulante Zahlungsbedingungen. Kein Ladengeschäft.
Verkauf direkt im Fabrikgebäude. Lagerbesichtigung erbeten ohne Kaufzwang. Lieferung frei Haus durch eigne Gespanne. Gegr. 1889.

Möbel Bartsch.

Wem wäre die Möbelfabrik für bürgerliche Wohnungseinrichtungen in der Mitte der Stadt, nicht bekannt? Grösste Auswahl in meinem extra dazu erbauten, 4 Etagen hohen Fabrikgebäude. Empfohlenswerte Einkaufsquelle für Brautleute. Solide und gediegene Einrichtungen für 200-300-400-500 bis 10000 Mark stets zur Ansicht vorrätig.
Vorlangen Sie meinen Prachtkatalog gratis und franco. Coulante Zahlungsbedingungen. Kein Ladengeschäft.
Verkauf direkt im Fabrikgebäude. Lagerbesichtigung erbeten ohne Kaufzwang. Lieferung frei Haus durch eigne Gespanne. Gegr. 1889.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Wörter mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Wäschmaschinen

ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Köpferstr. 50/61, Wandbergstr. 82, 191*

Reste spottbillig Tuschlager Hoff-
str. 2, Koch & Seeland, 1776*

Steppdecken spottbillig, Fabrik
Weinstr. 30, 1701b*

Gardineurteile, spottbillig, Gardi-
nen-Fabriklager, Gräner Weg 80,
partiere, kein Voden, 19012*

Teppiche, Betten, Steppdecken,
Gardinen, Spiegel, Bilder, Regula-
toren spottbillig, Weidmann-
str. 6, Teilzahlungen gestattet.*

Betten, zwei- u. drei-st. mit Umfän-
deln, halber, spottbillig, Dentmann,
Erfasserstr. 83, vier Treppen.*

Nussbaum- und Mahagoni beim Antiquar
Otto Wülfel, Amsterdamerstr. 25 (Bahnhof-
speicher) mit Anhalter Bahnhof),
heben zum spottbilligen Verkauf:
große Balken kleiner und größere
Prachtteppiche, gediegene neue, auch
ganz wenig gebrauchte Einrichtungen,
Pianosofas, Salonarmaturen, Säulen-
trümpfe, Salonschilde, Kuchbaum-
Büfett, Schreibische, Salonkrone,
Wunderwanne, Musikbetten, Käl-
gerdinen, Epöcheleuhres, Steppdecken,
Portieren, Plüschdecken, ver-
schiedene Gelegenheitskäufe, unent-
geltliche Lagerung. 12872*

Achtung, Brautleute. In Boul-
vard des Middelstr. Neue Schön-
hauserstr. 2, bietet sich Brautleuten
die günstigste Gelegenheit, vorzügliche
Kuchhaltungen für 150, 200, 300, 400,
bis zu 10000 Mark einzukaufen. Teil-
zahlung gestattet. In meinen großen
Wohlfahrtszimmern, drei Etagen, habe
ich eine probante Auswahl aller
Arten Möbel zum Verkauf. Durch
Rabattbewilligung, Erparung teurer
Lohnmiete bin ich im Stande, ganz
bedeutende Vorteile zu gewähren.
Stets reichhaltiges Lager in vertieft
gewesenen Möbeln, welche spottbillig
abgegeben werden. Kuchbaum- oder
Walnholz-Schreibtische und Bettstü-
len, Kuchbaum- oder Mahagoni-
Schreibtische, Kuchbaum- oder
Mahagoni- und Mahagoni-Beistände,
35, Bettstellen mit
Matratze und Kissen 22, französische
Winkeldivans mit 23, franz. Leder-
Matratze und Kissen 38, Kommoden
18, Spiegel 8, Säulentische 37,
Tische mit Stuhlgehänge 38, Panee-
lsta mit Sattelstühlen 85 Mark,
Garnituren 90 Mark, Herren-Schrei-
bische, Garderobenschrank, Küchen-
möbel, Beschäftigung ohne Kaufzwang,
Gekaufte Möbel können beliebig Zeit
haben bleiben und werden durch eigne
Gespanne sauber transportiert und
aufgestellt; auch nach außerhalb.
Rührbuch gratis und franco. 12612*

Möbelseinrichtung.

Banquet-
50,00, großer Spiegel, Bilder, Plüsch-
3,00, Vertikales, Schränke, Oelgemälde,
Trophäen, Bildnisse, verschiedene
spottbillig, Gartenstr. 148 I, Vorder-
hand. 1130*

Gelegenheitskäufer. Wie wieder-
kehrend. Schränke, Vertikale, Plüsch-
3,00, Bildnisse, Schränke, Oelgemälde,
Trophäen 32,00, Plüschbetten,
komplett 33,00, Schreibische 24,00,
Kuchbaumstühle 4,00, Kuchstuhl 15,00,
Tisch 7,00, Stühle 2,25, Gardinen,
Banken 2,75, Regulator, säumungs-
halber jeden Preis. Schönhauser
Allee 101-102, Restaurant. 2241b*

Teppiche mit Forstenbieren
Kuchbaumstücke, große Frankfurter-
str. 9, partiere. 197*

Nussbaum- und Mahagoni ohne Anzahlung.
6 Mark Vergütung. Postkarte.
Breitholz, Amsterdamerstr. 4. 2252b*

Einsparungs-Anzüge, neuere
Façons, in blau und schwarz, Kamm-
garn und Cheviot. Julius Widen-
baum, Große Frankfurterstr. 141,
Ede Fruchtr. 12702*

Steppdecken billig Fabrik
Frankfurterstr. 9, partiere. 197*

Schankgeschäft, Schlemmer
Abreise halber mit mein Abreise Jam-
miny-Gnade belegenes, nachweislich
mit gutem Erfolg betriebenes Ge-
schäft spottbillig verkaufen. Kaufkraft
Comptoir, Magazinstraße 12. 2290b

Schankhof im 5. Bezirk, am
Schönhauser Thor, mit 30 Stühlen zu
verkaufen. Adressen unter W. 4 an
die Expedition dieses Blattes. 2285b

Dame verkauft Garnitur, Kuch-
sofa, Plüschsofa, 2 Vertikale, Schlaf-
sofa (alles wie neu). Umzug sofort.
Erfasserstr. 32, vorn II. 74/8

Kohlenfreie

ahnärztliche Behand-
lung, Zahnziehen, Zahnärztliche Vor-
untersuchung, Ebnstr. 12072*

Kunsthändler von Frau Kofel-
stein, Weinbergstr. 48, Quergebäude
hochpartiere.*

Radverkauft, Rayliff, Schön-
hauser Allee 163 a. 120/10*

Widertreibung! Wer sich über diese
rückstehende Grandaufgabe seiner Zeit
unterrichten will, verlange die Flug-
blätter des Weltbildes gegen Wi-
dertreibung, welche unentgeltlich ver-
sendet werden vom Berliner Verlag-
verein, Königgrätzerstr. 108. Am
gültigen Abend wird gebeten. 161b*

Saal, Vereinsräume zu Versam-
lungen und Sitzungen noch frei In-
denstr. 10, Jannisch. 12992*

Vereinsszimmer für 40 Personen
Onkelstr. 7, J. Schinkel. 197*

Vereinsszimmer Venz, Alie Jakob-
str. 69. 12782*

Vereinsszimmer Vier, Alie Jakob-
str. 119. 12922*

Vereinsszimmer zu vergeben.
Vordamer Stangenbier. Franke,
Jornburgerstr. 8, partiere. 196*

Die dem Hausverwalter Herr
Wohn, Reindendorferstr. 136, zu-
gefügten Bedingungen nehme ich
zurück und lege hierdurch Abbitte.
K. Tischer, Reindendorferstr. 236.

Auflockerung, Ratze 5,00,
Sofa 9,00, Koller, Neue Königstr. 2.

Rechtsbureau Radisch, Andrea-
str. 48, dreiecksig. Rechtshilfe,
Eingabengesuche, Katerteilung. 2405b*

Rechtsbureau, Prozedurkons. Ein-
gabengesuche, Katerteilung. Hoff,
Brunnenstr. 27. 2304b

Geldschenkung, Unfallsachen!
Strafverfahren! Stellungsgesuche!
Interventionen! Katerteilungen!
Erfasserstr. 36. 23015

75 Pfennige! Eingabengesuche,
Erfasserstr. 36, Strafsachen,
Geldschenkung, Interventionen, Be-
leidigungen, Klagen, Katerteilung,
Kuchbaum, Stützgerstr. 141, Abends
geöffnet. 2300b

Möbliertes

Border oder Hinter-
zimmer, 15 resp. 30 M., Köpferstr. 62
vom partiere links. 2296b

Verre kleines Zimmer sucht Ge-
schäftsbureau Centrum. Graeme,
Streitgerstr. 59. 193

Schlafstellen.

Schlafstelle für 1 oder 2 Personen
zum 1. Oktober, Pöcher, Blumen-
str. 48, vorn I. 22875

Schlafstelle für Mädchen billig,
Schmidstr. 9, Seitenflügel V,
Reinde. 2285b

Arbeitsmarkt.

Stellungsgesuche.

Invalider Buchdrucker, 41 Jahre,
weiter nur Invalidenrente bezieht,
sucht leichte Beschäftigung jeder Art,
Eder, Adalbertstr. 40, bei Schmidt.

Buchdrucker, Invalide, 35, freige-
genannt, guter Rechner, sucht Be-
schäftigung bei bescheidenen An-
sprüchen. Walter, Reichstr. 12.

Widerr Schuhmacher sucht Arbeit,
Stühle werden zu den
billigsten Preisen gelehrt, werden
abgeholt und unentgeltlich zurück-
geliefert. Adresse: Wilsackstr. 27,
K. Wälfel.

Zuche Reimmacher, Frau
Ranach, Palliagenstr. 17. 290b

Redacteur,

welcher auch zeitweise verantwortlich
zustehen darf, für das Volksblatt
in Halle ab 15. Oktober gesucht.
Offerten mit Gehaltsanprüchen sind
bis zum 25. d. Mts. bei dem Be-
stimmten der Pres.-Kommission,
F. Pantzsch, Halle a. S.,
Glanzhauer-Strasse 40, einzu-
reichen. 51212*

Monteur!

Einige erfahrene, selbständige Mon-
teure für den Bau und die Montage
von Wassermaschinen werden von einer
Rotorenfabrik in Südwestfalen ge-
sucht. Angebote mit Veranschlagung
sowie Angabe des Alters und der
Vohnsprüche sind zu senden an
Rudolf Mosse, München, unter
Uffstr. 7 1982. 39/9*

Tüchtige Farbiger und Vergolderinnen.

haben lohnende und dauernde Be-
schäftigung Konstanzerstr. 9, Groß-
Küchengeheide, E. Reudnitz, Ober-
Wälfelstr. 10, alle Dienstadtge-
suche.

Achtung, Klavierarbeiter!

Die Pianofabrik von Ernst
Koch & Co., Greifswalder-
str. 155/156, ist wegen Lohn-
differenzen bis auf weiteres geper-
st. Die Direktion.

Achtung! Holzarbeiter!

Welpert sind folgende Werkstätten
für Tischler, Schneider, Kuchmach-
er, Arbeiter und Arbeiter:
K. Schulz, Kraussstr. 19/19,
Kraussstr. 33,
E. Meinel, Friedenstr. 43,
Kraussstr. 50,
Heldmann, Woll-, Waldemarsstr. 27
und Wegmann, Wollstr. 6.
Vor u. Nachmittags, 8 Uhr.
Welpert, Stauffstr. 38.
Die Direktion.

Stellungsangebote.

Tüchtigen Kartonnagen-Zuschneider
verlangt Emil Volke, Grotzenow-
str. 2. 2291b

Webereisen verlangt Erntner
Weg 103 III. 2300b

Musikschreiner erhalten gewissen-
hafte Ausbildung in der Stadt- und
Vordamstr. 33, E. Meinel, Friedenstr. 43,
Kraussstr. 50, Heldmann, Woll-,
Waldemarsstr. 27 und Wegmann, Wollstr. 6.

Zur Arbeit durch
besonderen Druck hervorgehoben
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Vermietungen.

Zimmer.

12 Mark Möbliertes Vorderzimmer
für Herren Prinzenstr. 107, III,
Erfasserstr. 2298b

Vermischte Anzeigen.

Unfallsachen, Klagen, Eingaben,
Reklamationen, Puffer, Steglitz-
str. 65. 1664b*

Klageanträge, Strafsachen,
Sachschaden, Unfallsachen, Gesch-
schreiben, Katerteilung, Klage,
Erfasserstr. 117, Köbe Friedrichstr.

Rechtsbureau, Leitwitzerstr. 45,
Eingaben, Gesuche, Katerteilung, Un-
fallsachen, unentgeltlich. 1185*

Wahrfertigung eleganter Winter-
paletots, Anzüge und Beinkleider bei
soliden Preisen. Labelloser Zig ga-
rantiert. Große Frankfurterstr. 16,
Kugelsch. 13112*

Restaurants, billige Riete, sofort
zu verkaufen, Strengbergstr. 36.

Restaurants billig zu verkaufen.
Riete 1100, mit Wohnung, zu er-
fragen Vorlingstr. 39. 2145b*

Schankgeschäft verzugsfäher nach
außerhalb, vofter Schaft, billige
Riete, sofort verkauflich, Ramler-
str. 33. *

Cigarren-Geschäft mit Waren
im Einkaufspreis, umständlicher zu
verkaufen. Näheres in der Expedition
Oranienstr. 65. 1103*

Obst- und Gemüsehandlung, neue
Kofe, wegen Verzug nach außerhalb
sofort zu verkaufen. Zu erfragen
Charlottenburg, Seifenbierstr. 1,
Reitungsabteilung. 1412

Kranke Halber verkaufe Baus-
teile, Ede Holzübergang Kolonie Buch,
Gleich zum bebauen. Siemens, Zürn-
str. 69. 22195*

Gardinenhand Große Frankfurter-
str. 9, partiere. 197*

Diebstahl elegante Herren-An-
züge und Paletots aus den modernsten
Stoffen in guter Verarbeitung und
Zuhalten von 18 bis 45 Mark. Julius
Widenbaum, Große Frankfurter-
str. 141, Ede Fruchtr. 12702*

Herren- und Knaben-Garderobe,
Sport- und Berufsleibung zu billigen,
festen Preisen. Große Frankfurter-
str. 16, August Wälfel. 13108*

Vorjährige elegante Herrenhosen
aus feinen Stoffen, 9 bis 12 Mark.
Verkauf! Sonnabend und Sonntag,
Bresnanstr. Germania, Unter den
Linden 21. 13052*

Herrenanzüge, Paletots, elegante
Kuchhaltung, geringe Teilzahlung,
Kuchberg, Wandbergstr. 82. 12152*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität,
Ede 95 Pfennig. Bessere Sachen
enorm billig. Gutfabrik, Comptoir
Kraussstr. 25A, früher Barnim-
str. 4 und 5. Sonntags ge-
öffnet. 11972*

Maurerhilf vorrätig Gutgesch.
Vordamerstr. 61. 1249*

Teppiche! (fehlerrichte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes im
Teppichlager Brünn, Hofscherstr. 4,
Baldhof-Str. 119/5*

Prederdorf, Oranienstr. 15 Mark,
mit Bauersaubnis 16 Mark.
Stehle Anzahlung. Walter, Fischer-
str. 12. 20055

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 22. September 1902.

(Vor Beginn der Börse.)

Die Börse stand während der vergangenen Woche unter dem Einfluß der New Yorker Geldmarktsverhältnisse, die meist recht pessimistisch beurteilt wurden. Die Spekulation hielt sich in Befürchtung einer weiteren Zunahme der dortigen Geldverflechtung und einer Disconterhöhung der Bank von England anfängs vorsichtig zurück, und da dem Angebot in spekulativen Wertes nur äußerst geringe Kaufkraft gegenüberstand, erlitten diese durchweg Abschlüsse, vornehmlich Häuten- und Kohlenaktien, während Bank- und Bahnaktien meist ihren Kursstand besser zu behaupten vermochten. Als aber am Freitag der Bericht über den Ausweis der Bank von England eine Zunahme des Borrates und der Totalreserve zeigte und zugleich von der New Yorker Börse ein Rücklaufen der Spannung gemeldet wurde, vollzog sich ein Umschlag der Stimmung, der günstig auf die Kurse der Montanwerte zurückwirkte. Auch am Sonnabend hatte auf günstige Nachrichten aus der Wallstreet und vom amerikanischen Eisenmarkt die zuversichtlichere Auffassung der Wirtschaftslage die Oberhand, so daß die Woche mit kleineren Kurssteigerungen der leitenden Kohlen- und teilweise auch der Hüttenaktien schloß.

Unter dem Einfluß des New Yorker Geldmarktes stand übrigens nicht nur die Berliner, sondern im gleichen Maße auch die Londoner und Pariser Börse. Leicht begreiflich, da trotz der jüngsten Vormittels-Zufuhren der New Yorker Markt wenig von seiner Verflechtung verloren hat. Um höhere Umlaufsmittel zu schaffen, hat sich, wie schon gemeldet wurde, das Schatzamt bereit erklärt, die im Oktober fälligen Zinsen der Staatsobligationen, im ganzen ungefähr 4,2 Millionen Dollar (ca. 17,6 Millionen Mark) bereits jetzt auszusahlen, die sogenannten Regierungs-Depositen (die Einlagen der Regierung bei den Banken) um 4 Millionen Dollar zu erhöhen und ferner den Banken, die mehr Staatsobligationen im Besitz haben, als zur Deckung ihrer Notenausgabe erforderlich ist, gegen Verpfändung des überschüssigen Zinses entsprechende Vorbeträge aus der Staatskasse zur Verfügung zu stellen. Außerdem sind von einzelnen Plätzen, speziell von Chicago, größere Vorräte (ebensfalls etwa 17 Millionen Mark) nach New York geworfen worden, und zugleich meldet der „New York Herald“, daß die National-Wip-Bank für 2½ Millionen Dollar Gold übernommen hat, das zur Zeit noch in Kapstadt zum Transport nach London verladen wird oder sich bereits auf dem Wege nach der Rheinischen Metropole befindet. Weitere Mengen Goldes, die auf den südafrikanischen Markt kommen, sollen ebenfalls angetauft werden.

Wie weit durch diese verschiedenen Maßregeln der New Yorker Geldmarkt eine Erleichterung erfahren wird, läßt sich von hier aus kaum beurteilen. Der letzte Wochenanweis der New Yorker Börse, der bis Sonnabend der vorletzten Woche reicht, ergibt keineswegs ein günstiges Resultat, wie man es auch nicht ganz so unbefriedigend lautete, wie mehrfach erwartet worden ist. Die sogenannte Ertragsreserve, d. h. der Ueberschuß des Verfügungsbestandes (über den gesetzlichen Mindestbestand von 25 Proz. der Einlagen hinaus) hat um weitere 3,98 Millionen Dollar abgenommen und stellt sich jetzt nur auf 719 000 Dollar gegen 7,12 Millionen Dollar vor einem und 20,84 Millionen Dollar vor zwei Jahren. Und wenn auch die gewährten Vorläufe und die Wechselforderungen sich um 6,87 Millionen Dollar vermindert haben, so sind andererseits den bei den Banken gemachten Einlagen weiter 14,13 Millionen Dollar entzogen worden, und zugleich ist der Barbestand um 5,81 Millionen, der Notenvorrat um 1,29 Millionen Dollar zurückgegangen. Ein recht mickliges Ergebnis, wenn man berücksichtigt, daß die Verminderung der Vorkasse und Disconten nicht die Folge einer natürlichen Abnahme des Geldbedarfs, sondern lediglich durch die Politik der Banken herbeigeführt worden ist, die gewährten ansteigenden Darlehen heranzuziehen und mit neuen zurückzuzahlen. Wie wenig sich die Nachfrage nach Geld vermindert hat, zeigt die Thatsache, daß in der letzten Woche für sogenanntes tägliches Geld bis zu 15 Proz. und in einzelnen Fällen sogar bis zu 20 Proz. Zinsen verlangt und gewährt wurden.

Die ganze Situation zeigt, wie so mancher andern Vorkommnisse des amerikanischen Wirtschaftslebens, wie sehr sich seit ungefähr einem Jahre die amerikanischen Wirtschaftsverhältnisse in ihren Beziehungen zu den europäischen Märkten verschoben haben. Noch sind es kaum zwei Jahr her, als die Vereinigten Staaten auf dem Welt-Geldmarkt die erste Rolle spielten, als die deutsche Regierung sich wegen der 80 Millionen Mark-Anleihe für den China-Feldzug nach New York wandte, England seine Kriegsanleihen und Schuldverschreibungen erst gesichert fand, als die New Yorker Finanzsicht beteiligte, und alle kreditbedürftigen Staaten sehnüchtig nach dem großen Geldbeutel jenseits des Ozeans blickten. Damals verkündeten amerikanische Financiers im Gefolge von Brooks Adams die ökonomische „Suprematie“ der Vereinigten Staaten und die Monopolherrschaft des New Yorker Geldmarktes. Und heute? Heute befindet sich der New Yorker Finanzmarkt selbst in großer Verlegenheit und sieht sich genötigt, nicht nur von den großen europäischen Börsenplätzen — speziell von Paris, wo seit längerer Zeit in bedeutendem Maße New Yorker Wechsel angeboten werden — krampfhaft die Mittel zur Aufrechterhaltung seines Wirtschaftsgetriebes heranzuziehen, sondern auch bereits auf dem Londoner Markt als Geldkäufer aufzutreten.

Die unaufhörlichen Gründungen neuer Trusts, die Ausdehnungen des Eisenbahnnetzes, die Ankäufe fremder Schiffe, der zunehmende Bezug fremder Eisen- und Stahlfabrikate aus dem Auslande haben drüber eine Geldknappheit hervorgerufen, gegen welche die Geldverflechtung des deutschen Marktes vor dem Ausbruch der jetzigen Krise sich fast zurechtfinden ausnimmt. Und doch dauern die Gründungen in den Vereinigten Staaten fort. Im Juli betrug das Aktien- und Obligationen-Kapital der in diesem Monat zu stande gekommenen Neugründungen 470 Mill. Dollar gegen 296 Mill. Dollar im Juli 1901 und im August-September wird sich dieser Betrag noch weit höher stellen, da neben verschiedenen andern Trust-Gründungen in die letzten Wochen die Gründung des Fleischverbands-Trusts fällt mit einem Kapital von 500 Millionen Dollar — einer ersten Ueberkapitalisierung nach amerikanischem Muster, denn der wirkliche Wert der zu diesem Trust vereinigten Unternehmungen stellt sich kaum auf mehr als 150—180 Millionen Dollar und der bisherige Jahresgewinn betrug nur etwa 20 Millionen Dollar. Zwar nehmen solche Trustgründungen die genannten Kapitalsummen nicht ganz in Anspruch, denn einen großen Teil der Aktien und Obligationen erhalten die bisherigen Besitzer der dem Trust angegliederten Unternehmungen als Entschädigung, immerhin aber bleiben noch recht respektable Massen von Trustwerten übrig, die an den Markt gebracht und deren Erträge in Betriebserweiterungen neuer Werke, Umgestaltungen u. festgelegt werden. Zudem aber hat vielfach eine Vergößerung des Aktien- und Obligationen-Kapitals älterer Gründungen stattgefunden.

Zu diesen mehr allgemeinen Ursachen kommt weiter, daß wenn auch die amerikanischen Getreide-Exporte regelmäßig einen Goldstrom aus Europa in die Union leiten, sie doch zunächst einen Abfluß der Vorräte aus den östlichen Haupt-Handelsplätzen, speziell aus dem finanziellen Centralplatz New York, nach dem Westen zur Folge haben. Ganz natürlich, denn die Getreide-Exporteure bezahlen zunächst die Farmer und Händler der westlichen Staaten und erhalten erst später von den europäischen Großhändlern das Geld für ihre Lieferungen zurückzufahren. Deshalb und weil in diesem Jahre die Ernte reichlicher ausgefallen ist, als man erwartet hat, also auch die Verkaufungen größere Ausdehnung anzunehmen versprochen, wird denn auch von Seiten verschiedener amerikanischer Finanzpolitiker, darunter von dem Schatzsekretär Shaw, die jetzige Geldverflechtung als eine bald vorübergehende betrachtet, die sofort abnehmen wird, sobald erst für die Getreideexporte neue Gelder

dem Markte zufließen. Daß diese Rechnung nicht unrichtig ist, muß gegeben werden; nur kommt dabei in Betracht, daß in diesem Jahre insofern ein Unterschied vorhanden ist, als während der letzten Zeit New York in den europäischen Staaten stark Anleihen gemacht hat und deshalb wahrscheinlich ein Teil der amerikanischen Forderungen für Getreidelieferungen z. durch europäische Gegenforderungen kompensiert wird.

Von der amerikanischen Finanzpresse wird verlangt, daß, falls die Geldknappung andauert, der Schatzsekretär den Vorkauf größerer Mittel aus dem Staatsfonds zur Verfügung stellt, in dem, da die letzten drei Jahre starke staatliche Einnahme-Ueberschüsse ergeben haben, sich eine bedeutende Goldreserve angehäuft hat. Sobald es zum äußersten kommt, wird sicherlich das Schatzamt mit einem Teil dieser staatlichen Mittel einspringen; dafür garantiert schon die nahe Verbindung der amerikanischen Hochfinanz mit der jetzigen republikanischen Regierung. Doch können auch diese Mittel nur im beschränkten Maße in Anspruch genommen werden, denn da es in den Vereinigten Staaten an einer Central-Rotenbank, wie die Bank von England oder die deutsche Reichsbank ist, fehlt und im Gegenzug zu andern Gebieten des amerikanischen Wirtschaftsgetriebes das Vorhandensein eine eigenartige Decentralisation aufweist, so fällt dem Schatzamt gewissermaßen zugleich die Funktion eines Central-Geldreservoirs zu, dessen Bestand außerdem geleglich zur Deckung der ausgegebenen Goldcertifikate und der sogenannten Greenbacks dient.

Entscheidend für die weitere Gestaltung bleibt, wenn auch natürlich die Goldzufuhren vorläufige Erleichterungen schaffen können und in den letzten Tagen tatsächlich auch schon geschaffen haben, wie sich in nächster Zeit die Gründungstätigkeit gestaltet und in welchem Maße sie dem Geldmarkte weitere Mittel entzieht. Gerade in dieser Hinsicht aber bestehen die schwersten Bedenken, denn statt abzunehmen, tauchen immer größere, verzweigte Gründungsprojekte auf.

Und während am Horizont des amerikanischen Wirtschaftsgetriebes sich die Wolken drohend zusammenballen, mehrten auch auf einzelnen Gebieten des deutschen Wirtschaftsmarktes sich die Anzeichen einer erneuten Abflattung. Wenigstens gilt das von der Kohlenindustrie, deren Abfall in den letzten Wochen weiteren Rückschlag erlitt, da der inländische Konsum von solchen Kohlenarten, die von den industriellen Werken gekauft werden, beträchtlich nachgelassen hat, und selbst die stärkere Nachfrage nach Hausbrandkohlen, die sonst mit Beginn des Septembers einsetzt, sich vorläufig noch ziemlich schwachlich äußert. Vornehmlich trifft dieser Ausfall das rheinisch-westfälische Revier; doch auch aus Oberschlesien wird berichtet, daß dort in der ersten Hälfte des Septembers die Nachfrage nach Industriekohlen und Coals sich merklich verringert hat: eine Abnahme, die in diesem Revier durch den Mehrverbrauch von Hausbrandkohlen allerdings teilweise ausgeglichen wurde.

Infolge dieses Rückschlages des inländischen Bedarfs hat die Kohlen- und Coalkindustrie ihren Absatz nach dem Auslande noch stärker forciert. Wie die letzten Verladungs- und Versandziffern zeigen, mit einem gewissen Erfolg; doch bleiben die Preise, die für die ausgeführten Mengen erzielt werden, natürlich weit hinter den Inlandpreisen zurück, so daß die Ausfuhrsteigerung die Konsumabnahme des einheimischen Marktes leinchenwegs ersetzt. Zugunommen hat vornehmlich die Ausfuhr von Fett- und Gas Kohlen, besonders nach Nord-Frankreich, Belgien und den Niederlanden, während der Abfall von Lagerkohlen im In- wie im Auslande gleichmäßig stockt. Auch der Coalkexport hat größere Ausdehnung angenommen. Die Folge ist, wie die „Altem-Westf. Ztg.“ meldet, daß das Kohlenhandels keine einzige, erst vor wenigen Wochen von 3/2 Proz. auf 4 Proz. erhöhte Umlage (auf der die Exportprämien bestanden) vom 1. Oktober ab um weitere 2 bis 3 Proz., also auf 6 bis 7 Proz. zu erhöhen beabsichtigt, da, wie es in der Begründung heißt, „der See-Export und die Konstitutionen an die Eisenindustrie große Opfer erfordern“. Es wird dadurch nachträglich bestätigt, was schon vor 14 Tagen im „Wochenbericht“ angeführt wurde, nämlich daß die Verminderung der Produktionsbeschränkung des Coalkhandels von 33 auf 27 Procentenwegs als ein Symptom der steigenden Beschäftigung der deutschen Eisenindustrie aufgefaßt werden dürfe, sondern sich einfach aus der „Forcierung des Exports nach dem Auslande“ erkläre.

Tat.

Lokales.

Aus der Stadt der Mietskasernen.

Die Häufung der Bevölkerung auf den einzelnen Grundstücken ist in Berlin schon seit Jahrzehnten eine sehr bedeutende, im letzten Jahrzehnt aber hat sie noch beträchtlich zugenommen. Zwischen den Volkszählungen von 1885 und von 1900 ist die sogenannte Behausungsziffer Berlins von 72 auf 77 gestiegen. Auf jedes bewohnte Grundstück kamen also 1895 durchschnittlich 72 Bewohner, 1900 dagegen durchschnittlich 77 Bewohner. Diese Erhöhung ist dadurch zu stande gekommen, daß sich im letzten Jahrzehnt besonders die Grundstücke mit mehr als 100 Bewohnern, die eigentlichen Mietskasernen, ganz außerordentlich vermehrt haben. Ihr Anteil hat sich von 1895 bis 1900 für ganz Berlin von 5263 (unter insgesamt 23 265 bewohnten Grundstücken) auf 6248 (unter insgesamt 24 498 bewohnten Grundstücken) das heißt von 22,6 Proz. aller bewohnten Grundstücke auf 25,5 Proz. erhöht. Gegenwärtig beherbergen also bereits mehr als ein Viertel der Grundstücke mehr als je 100 Bewohner.

Reich an Mietskasernen sind, wie bekannt, besonders die äußeren Stadtteile, so weit sie vorwiegend von der Arbeiterbevölkerung bewohnt sind. Von mehr als je 100 Personen bewohnt waren bei der Volkszählung von 1900 z. B. im östlichen Teil des Stralauer Viertels 621 von 1291 Grundstücken, im westlichen Teil von Roabit 517 von 1108, im nördlichen Teil der Rosenhaller Vorstadt 672 von 1214, im östlichen Teil der Luisenstadt 396 von 727 Grundstücken. Infolgedessen ist für diese Stadtteile die Behausungsziffer auch bedeutend höher als für ganz Berlin, für das östliche Stralauer Viertel 108, für das westliche Roabit 104, für die nördliche Rosenhaller Vorstadt 114, für die östliche Luisenstadt sogar 120, während dagegen in der inneren Stadt die Behausungsziffer weit unter den Durchschnitt von ganz Berlin herabgeht, z. B. bis auf 22 im Stadtteil Friedrichswerder.

Die Ergebnisse der wohnstatistischen Aufnahme, die für Berlin mit der letzten Volkszählung verbunden war, sind vom Statistischen Amt der Stadt noch nicht vollständig veröffentlicht, aber bereits jetzt zu erkennen, daß die Berliner Wohnungsverhältnisse sich zwischen 1895 und 1900 in mancher Hinsicht nicht gebessert, sondern eher verschlechtert haben. Die unbedeutende Bevölkerung hat ihr Wohnungsbedürfnis offenbar noch mehr eingekürzt und sich noch enger zusammengedrängt — genötigt durch den im Jahresfünft 1895/1900 auf dem Berliner Wohnungsmarkt eingetretenen völligen Umschwung, der einen empfindlichen Mangel an kleinen Wohnungen und eine maßlose Steigerung der Mieten gebracht hat.

Statistisches vom Feuerlöschwesen. Die großen Brände haben in Berlin dank der vorzüglichen Einrichtung unserer Feuerwehre an Zahl und Umfang abgenommen. In dem Etatsjahre 1900/1901 betrug die von der städtischen Feuerlöschgesellschaft zu zahlende Entschädigung nur 664 746 M., gegen 936 000 M. im Jahre vorher und 1 1/2 Millionen Mark im Jahre 1896/97. Die größte Entschädigung für einen

Brandschaden betrug nur 17 733 M. und das obgleich der Versicherungswert der Grundstücke um rund 92 Millionen Mark und die Zahl der Grundstücke um 202 gegen das Jahr 1900 gestiegen ist. Die Gesamtversicherungssumme sämtlicher bei der städtischen Feuerlöschgesellschaft versicherten Bauwerkstätten ist auf 4109 Millionen Mark gestiegen und die Zahl der Gebäude auf 24 421. Die Zunahme an Grundstücken und Versicherungswert war in den letzten 10 Jahren sehr schwach. So betrug die Zunahme 1891/92 noch 388 Grundstücke im Werte von 139 Millionen Mark und im Jahre 1894/95 auf 267 Grundstücke und 90 Millionen Mark zu fallen. Die Abnahme würde noch bedeutender sein, wenn nicht im Centrum von Berlin zahlreiche große Geschäftshäuser in den letzten Jahren neuerbaut worden wären. Von den Grundstücken der Stadtgemeinde Berlin waren am 1. Oktober 1901: 424 mit 190 856 200 M. bei der städtischen Feuerlöschgesellschaft versichert. An Feuerlöschbeiträgen waren dafür rund 78 000 M. zu zahlen. Für das Feuerlöschwesen zahlt die Feuerlöschgesellschaft einen erheblichen Beitrag von rund 1 Million Mark. Die staatlichen Gebäude sind nicht versichert; der Fiskus trägt auch ganz minimal (80 000 M.) zu den Kosten des Berliner Feuerlöschwesens bei, wofür er aber für seine Gebäude erhöhten Schutz genießt.

Die Fleischnot. Nach den Ermittlungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin sind die Preise für Fleisch gestiegen, besonders in den letzten Wochen, für die aber noch keine abschließende Zahlen und Zusammenstellungen vorliegen. Nach dem amtlichen Bericht der Direktion der städtischen Markthallen kostet Rindfleisch I. Qualität im Monat Juli durchschnittlich schon 63 1/2 M. im Großhandel und im August 64,88 pro 50 Kilo, die II. Qualität 57 1/2 M. bezw. 59 1/2 M., Kalbfleisch Ia 70 1/2 M. bezw. 72 1/2 M., Gemmeifisch Ia 60 1/4 M. bezw. 65 1/4 M., Schweinefleisch 62 1/2 M. bezw. 66 1/4 M., Sped mager 80 M. bezw. 80 M., Sped fett 70 M. bezw. 72 1/2 M. Dem entsprechend sind auch die Preise im Kleinhandel in den Markthallen unaußersächlich gestiegen. Im Monat August d. J. wurden bezahlt für Rindfleisch bis zu 1,20 M. pro 1/2 Kilo, für Oberohle 85 Pf., für Brust 80 Pf., für Bauchfleisch 70 Pf. Die Preise für andre Lebensmittel haben sich im August gegenüber denen im Juli nur wenig verändert.

Der Haupt-Jahresabschluss der Stadt- Hauptkasse ist fertiggestellt und schließt, wie voranzusehen war, nicht mit einem Ueberschuß, wie in den letzten Jahren, mit einem Fehlbetrag von rund 86 000 M. ab, während der vorletzte Abschluß für das Etatsjahr 1900 noch mit einem Ueberschuß von 6 382 502 M. abschloß und auch die früheren Jahre Ueberschüsse von 6 bis 12 Millionen Mark gebracht hatten. Diese Ueberschüsse sind nun verschwunden.

Das neue Reglement für die städtischen Frauenanstalten betreffend die Aufnahme, Behandlung und Entlassung Geisteskranter wird jetzt vom Magistrat amtlich publiziert, nachdem es die Genehmigung der Minister der geistlichen u. Angelegenheiten und des Inneren erhalten hat. Nach § 14 dieses Reglements sind, falls ein Kranker in der Anstalt stirbt, das Standesamt, die Angehörigen, der Vormund und der Staatsanwalt „unverzüglich zu benachrichtigen“. Im Fall Adernmann ist dies bekanntlich unterblieben, weil aus dem Personalbogen, welchen die Polizeibehörde bei Entlassung Adernmanns vorchriftsmäßig mitbrachte, nicht hervorging, daß derselbe verheiratet war.

Dienstmädchen oder Gewerbegehilfin? Durch die gewerbliche Rechtsprechung ist allgemein der Grundlag anerkannt worden, daß eine im Gastwirtsbetriebe beschäftigte weibliche Person als Gewerbegehilfin anzusehen und in ihrem Arbeitsverhältnis den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung gemäß zu behandeln ist, wenn sie als Dienstmädchen des Gastwirts außer in den Privaträumen des Dienstgebers auch in dessen Betriebe irgend welche Tätigkeit verrichtet. In einer Verwaltungsentscheidung hat kürzlich der Bezirksausschuß von Berlin diesen Rechtsgrundlag in beachtenswerter Weise weiter ausgebaut, indem er feststellte, daß ein bei einem inunungspflichtigen Schneidermeister beschäftigtes Dienstmädchen als Gewerbegehilfin anzusehen und demgemäß bei der Innungs- und Krankenversicherung zur Krankenversicherung anzumelden ist, wenn das Mädchen neben der häuslichen Tätigkeit auch noch tägliche Ausgänge zu Kunden und das Reinigen der Werkstatt zu besorgen hat. Es handelt sich in dem unter den Altengerechten II A 84/3 02 registrierten Fall darum, daß der Ortsarbeits-Vorband Berlin im Verwaltungs-Streitverfahren von der Innungs-Krankenversicherung der Schneiderei die Krankenkosten erstattet verlangte, welche für die in einer öffentlichen Heilanstalt notwendig gewesene Behandlung eines erkrankten Dienstmädchens erwachsen waren, das in der erwähnten Weise bei einem Schneidermeister in Beschäftigung stand. Die Innungs-Krankenversicherung hatte Abweisung der Klage beantragt und angeführt, daß das Mädchen nicht als Gewerbegehilfin angesehen werden könne, da jeder kleine Geschäftsmann die üblichen Gänge zur Post durch sein Dienstmädchen besorgen lasse, ohne daß dieses dadurch seine Eigenschaft als Dienstmädchen verliere. Nachdem das Mädchen beauftragt hatte, daß es nach Verrichtung der in der Hauswirtschaft üblichen Arbeiten auf Veranlassung des Schneidermeisters täglich zu Kunden geschickt worden sei, um dort fertige Sachen abzuliefern und daß es auch die Werkstatt täglich gereinigt habe, erklarte das Gericht dahin, daß das Mädchen als Gewerbegehilfin zu betrachten und versicherungspflichtig sei und die Kasse daher zu zahlen habe. Öffentlich gewinnt dieser Rechtsgrundlag allgemein Geltung. Es würden dann nicht allein eine beträchtliche Anzahl Dienstmädchen in Krankheitsfällen einigermassen gesichert dastehen, sondern auch den entwicklungsbegünstigenden Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung entrückt sein. Und das läme im staatsrechtlichen Preußen immerhin als ein wenn auch noch so unbedeutlicher Kulturfortschritt in Betracht.

Der Herr Baron. Wegen großer Schwindelereien ist ein fahscher Freiberger v. Erlanger festgenommen worden. Es handelt sich um einen gewissen Erlanger, der aus einer reichen rheinischen Familie stammt und wie sein Vater entnüdigt ist. Der Mann legte sich den Namen des Freiberger Karl v. Erlanger bei und verschaffte sich unter diesem Namen so viel Geld, als er zu einem fürstlichen Leben brauchte. Nachdem er vor kurzem erst aus einem Sanatorium in Pankow entlassen worden war, richtete er sich in der KaufstraÙe eine prächtige Wohnung ein. Mit Hilfe von Leuten, die ihm als Kommissionäre dienten, legte er sich auch einen Kesselfuß zu und ließ einige Pferde bereits laufen. Zu seinen Vermittlern gehören u. a. der bekannte Herr Juharez und ein Pferdehändler Wertens, zu den Leidtragenden, denen Pferde abgeschwindelt wurden, auch der Pferdehändler Levy. Da Erlanger mit Wechseln und Checks abzahlte, die er als Freiberger von Erlanger auf das Sanatorium von Erlanger fällte, so erhielt er überall, was er haben wollte, bis „die Geschichte zum Koppen kam“. In einem prächtigen Wagen umherfahrend, machte er in den großen Häusern seine Einkäufe. In einer Wirtschaft mit weiblicher Bedienung in der Friedrichstraße, wo er auch so vorgefahren kam, machte er eine große Feste. Als sich herausstellte, daß er zufällig nicht genügend Geld eingestreckt hatte, war der Wert nicht nur froh, die Feste anzudringen zu dürfen, sondern er pumpt dem „Herrn Baron“ noch 3000 M. dazu. Von einem Amtserkennungs-Haus kaufte er auf Kredit für 33 000 M. Brillanten, um sie sofort für 10 000 M. zu verkaufen. So verschaffte er sich Geld, wenn zeitweilig die Pferdegeschäfte einmal nicht gingen. Staatsanwaltschaftsdeputat Knaut, der diese Sache bearbeitet, wird wohl noch etwas zu thun haben, um den ganzen Umfang der Schwindelereien festzustellen. Denn täglich melden sich wieder neue Opfer. Erlanger, der einige Tage im Gewahrsam des Polizeipräsidenten gehalten wurde, sitzt jetzt im Untersuchungsgewahrsam und wird dort vorläufig noch bleiben.

Wie die Villenhändler zu den Villen kommen, darüber hat der Leiter eines hiesigen artistischen Unternehmens ganz eigne Er-

